



**Finanzbericht 2003–2004  
der Schatzmeisterin**

**Parteitag Karlsruhe  
14. bis 16. November 2005**



**SPD**



---

**Finanzbericht 2003–2004  
der Schatzmeisterin**

**Parteitag Karlsruhe  
14. bis 16. November 2005**





*Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin der SPD*

## **Impressum**

### **SPD Parteivorstand**

Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstraße 141  
10963 Berlin

<http://www.spd.de>

Gestaltung  
Petra Bauer,  
Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn  
[pb.cicero@t-online.de](mailto:pb.cicero@t-online.de)

Bestell-Nr. 941 0154

I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD	5
1. Einnahmeentwicklung	5
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	5
1.2 Die Einnahmen aus Spenden	6
1.3 Die Einnahmen aus Sponsoring	8
1.4 Die staatliche Teilfinanzierung	9
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	10
3. Parteiinterner Finanzausgleich	11
4. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	12
5. Immobilienverwaltung	13
6. Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	14
7. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich zu den anderen Parteien 2003 (tabellarische Darstellung)	17
II. Weitere Reformen des Parteiengesetzes	18
III. Entwicklung der Parteifinanzen	19
Anhang:	
Die Finanzen der Bundestagsparteien 2003	20
Tabellenanhang	32



## 1. Einnahmeentwicklung

### 1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die Beiträge der Mitglieder und Mandatsträgerinnen und -träger waren auch in den Jahren 2003 und 2004 die wichtigste Einnahmequelle der SPD. Sie machen knapp die Hälfte (42 Prozent) unserer Gesamteinnahmen aus.

Im Jahr 2004 betragen die Einnahmen aus Beiträgen 72,9 Mio. € (2003: 76,3 Mio. €).

Die Verteilung auf Mitglieder und Mandatsträger sieht wie folgt aus:

	Jahr 2003	Jahr 2004
Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen	53,89 Mio. €	50,57 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	22,43 Mio. €	22,34 Mio. €

Die Partei muss heute mit deutlich geringeren Beitragseinnahmen auskommen:

Vor zehn Jahren (1994) betragen die Beitragseinnahmen insgesamt noch mehr als 78 Mio. €. Das waren 43,19 Prozent der Gesamteinnahmen. Im Vergleich zu 2004 bedeutet dies einen Rückgang von 5,13 Mio. €.

Bis 2001 waren die Einnahmen aus Beiträgen der Mitglieder verhältnismäßig stabil, obwohl wir auch in den 90er Jahren rückläufige Mitgliederzahlen hatten. Sie betragen 56,1 Mio. €. Sie wurden stabil gehalten durch höhere Beiträge, insbesondere der Neu-Mitglieder, aber auch durch Beitragserhöhungen der Mitglieder. Seit 2002 sind die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen rückläufig und im Jahr 2004 erlebten wir einen herben Einbruch. Der Verlust lag bei 3,32 Mio. € bzw. 6,2 Prozent im Vergleich zu 2003, als wir 53,9 Mio. € an Mitgliedsbeiträgen verzeichnen konnten.

Der Hauptgrund liegt zweifellos in der rückläufigen Mitgliederzahl. 1994 zählten wir 849.374 Mitglieder, Ende 2004 waren es nur noch 605.807. Das ist ein Rückgang in den vergangenen zehn Jahren um 243.567 Mitglieder oder 28,68 Prozent. Allein in den Jahren 2003 und 2004 haben wir 88.087 Mitglieder verloren. Das waren 12,69 Prozent.

Der ständige Rückgang der Mitgliederzahl erklärt sich trotz der besonderen Austrittswelle im Jahre 2003/2004 vor allem aus der demografischen Entwicklung. Auch in „ruhigen“ Zeiten sind mehr Mitglieder gestorben als neue eingetreten und als angesichts der Bevölkerungsentwicklung auch hätten eintreten können. Mindestens bei den beiden großen Volksparteien wird sich diese Mitgliederentwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen und wahrscheinlich verschärfen.

Das Durchschnittsalter unserer Mitglieder beträgt 56 Jahre. Ähnlich sieht es bei der Volkspartei CDU aus.

Dem ständigen Bemühen unserer Kassiererinnen und Kassierer um höhere Beiträge unserer Mitglieder ist zu verdanken, dass wir bei den Beitragseinnahmen keine noch größeren Einbrüche erlebt haben. Nach wie vor ist die Zahlungsmoral unserer Mitglieder sehr gut. Rund 97 Prozent zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Der Durchschnittsbeitrag beträgt monatlich 7,09 €. Das sind 70 Cent bzw. 9,9 Prozent mehr als 1997.

Die Summe der gezahlten Beiträge ist u.a. maßgebend für die Höhe der staatlichen Mittel. Wir haben deshalb nicht nur die geringeren Beitragseinnahmen zu verkräften, sondern auch geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln. Die stark rückläufigen Beitragseinnahmen des Jahres 2004 werden deshalb auch bei der Höhe der staatlichen Mittel für 2005 zu Buche schlagen.

Laut Finanzordnung erfolgt eine jährliche Anpassung der Mitgliedsbeiträge. Die Anpassung entspricht der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Netto-

einkommens des Vorjahres. Grundlage sind die Angaben des Statistischen Bundesamtes. Die genaue Festlegung erfolgt durch den Parteivorstand der SPD. Mitglieder, die den Mindestbeitrag zahlen, sind von der Anpassung ausgenommen.

Die Mitglieder werden ab Oktober eines Jahres über die bevorstehende Anpassung im „vorwärts“ und im Informationsdienst „intern“ informiert. Darin werden sie auch auf die Möglichkeit hingewiesen, der Anpassung zu widersprechen.

Für das Jahr 2003 legte der Parteivorstand eine Anpassung der Beiträge in Höhe von 2,9 Prozent fest. Das entsprach der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung des Jahres 2001. Pro Mitglied erhöhte sich dabei der Beitrag um durchschnittlich 19 Cent im Monat. Davon gingen ca. drei Cent an den Parteivorstand und 16 Cent an die Gliederungen.

Zum 1. 1. 2004 erfolgte eine Anpassung der Beiträge entsprechend der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung des Jahres 2002. Der Parteivorstand legte eine Anpassung in Höhe von 0,9 Prozent fest. Pro Mitglied erhöhte sich damit der Beitrag um durchschnittlich sechs Cent im Monat. Davon verblieben fünf Cent vor Ort bei den Gliederungen und ein Cent ging an den Parteivorstand.

Die Beitragsanpassungen im Überblick:

<b>Beitragsanpassungen 2001 bis 2004</b>			
	2001	2003	2004
Anpassung in Prozent	2,2	2,9	0,9
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157
Beitragssenkung	1.294	848	802
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	259

Die Beitragsanpassung kommt vor allem den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute. 85 Prozent der Beiträge und damit der Mehreinnahmen gehen dorthin. 2003 und 2004 betrug die Mehreinnahmen vor Ort ca. 1,3 Mio. €.

Weniger als ein Prozent der betroffenen Mitglieder hat der Erhöhung widersprochen. Der überwiegende Teil unserer Mitglieder akzeptiert die Anpassung, die der Einkommensentwicklung Rechnung trägt.

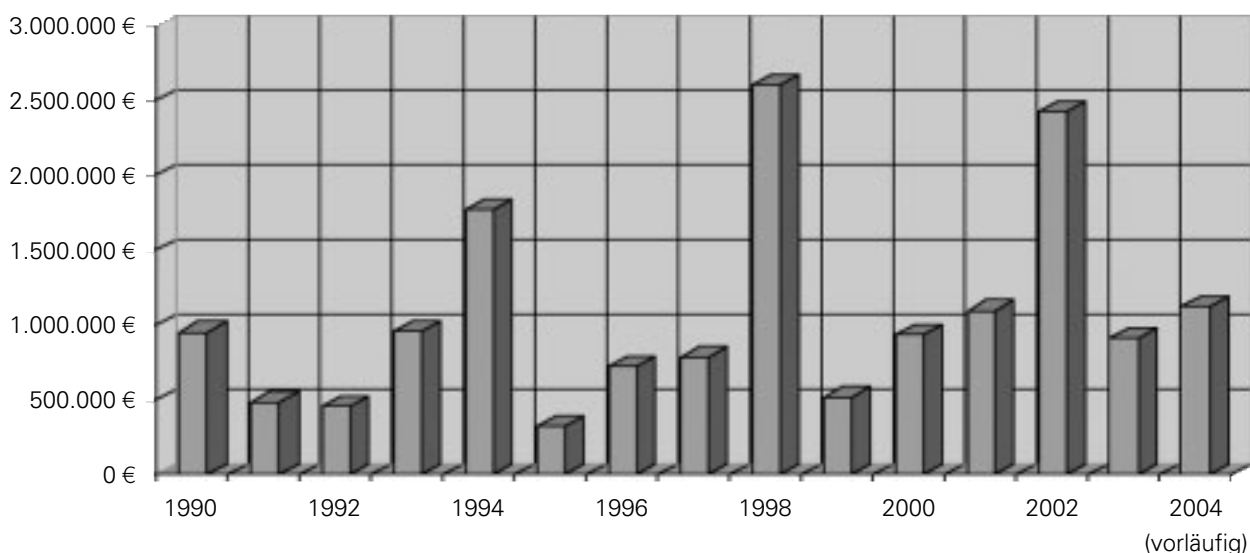
## 1.2 Die Einnahmen aus Spenden

Insbesondere das Jahr nach einer Bundestagswahl ist erfahrungsgemäß für die Spendenwerbung schwierig. Daher ist das Ergebnis für das Jahr 2003 mit Einnahmen von annähernd einer Million € erfreulich. Auch das Resultat für das Jahr 2004 schließt mit 1.21 Millionen € an die positive Tendenz der Vorjahre an – zum zweiten Mal konnten außerhalb eines Bundestagswahlkampfes Einnahmen von mehr als einer Million € realisiert werden.

Seit Anfang der 90er Jahre sind die Spendeneinnahmen des Parteivorstandes beständig gestiegen (Tabelle 1). Dennoch liegt die SPD bei den Einnahmen aus Spenden hinter den konkurrierenden Parteien zurück.



**Tabelle 1: Spendeneinnahmen des SPD-Parteivorstandes**



Bemerkenswert bleibt, dass der Großteil dieser Spenden von den Mitgliedern der Partei stammt; also von Genossinnen und Genossen, die über ihren Mitgliedsbeitrag hinaus einen finanziellen Beitrag leisten.

Die Spenden von natürlichen Personen machten in den vergangenen Jahren im Mittel zwischen fünf und neun Prozent aller Einnahmen der Gesamtpartei aus. Spenden aus der Wirtschaft trugen nur mit ein bis zwei Prozent dazu bei, diese Marke wurde nur gelegentlich in Wahljahren leicht überschritten – ein deutlicher Unterschied zu den bürgerlichen Parteien.

**Tabelle 2: Summe und Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der Parteien in Tsd. €.**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	PDS	in %
1994	17.760	9,83	29.085	20,32	9.181	26,47	4.610	17,07	8.477	23,59	3.277	18,68
1995	12.720	8,72	18.365	16,45	7.343	27,16	4.473	18,06	5.591	23,80	2.572	12,32
1996	14.278	9,87	18.402	16,23	11.566	36,33	5.051	19,71	7.161	34,51	2.834	15,28
1997	11.837	8,24	17.295	15,50	7.066	24,67	4.648	17,73	7.288	34,31	3.001	15,94
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,40	5.847	20,07	11.178	44,29	3.785	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.742	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	7.988	35,59	3.485	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.886	31,48	5.121	21,48	10.798	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.468	21,47	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91

Insgesamt bleiben die Spenden nach den Mitgliedsbeiträgen und den Mitteln aus der staatlichen Teilfinanzierung eine wichtige Säule solider Finanzen der Partei.

Es ist weiter notwendig, die Einnahmen aus Spenden zu verbessern. Dazu wurden auch neue Instrumente der Spendenwerbung getestet. Bereits seit dem Jahr 2002 bietet das Internet-Tool die Möglichkeit, über die Homepage der SPD eine Spende zu leisten. Aber auch die Einwerbung von Spenden über Mehrwerttelefonnummern und SMS wurde getestet und eingesetzt.

Ein Ziel ist es dabei, auch interessierten Gliederungen die Anwendung dieser Methoden zu ermöglichen und sie bei deren Einrichtung zu unterstützen. Dazu streben wir Rahmenvereinbarungen mit Anbietern und Dienstleistern an.

Mit der Änderung des Parteiengesetzes im Jahr 2002 wurden neue Regelungen für die Annahme von Spenden wirksam, die nicht nur für den Parteivorstand, sondern bis hin zum Ortsverein von Bedeutung sind. Besonders wichtig ist, dass Spenden von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 25 Prozent direkt beteiligt ist, nicht mehr angenommen werden dürfen. Geschieht das dennoch, beträgt die Sanktion der Bundestagsverwaltung das Doppelte der jeweiligen Spendensumme. Zuzüglich muss die Spende selbst an die Bundestagsverwaltung überwiesen werden. Das Gleiche gilt für Spenden von Fraktionen oder auch Kommunen und für Spenden gemeinnütziger Organisationen.

Damit war und bleibt die Beratung in rechtlichen wie auch in praktischen Spendenfragen ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Spendenreferats.

### 1.3 Die Einnahmen aus Sponsoring

Werbeaufträge von Sponsoren prägen mittlerweile unser Bild von sportlichen und kulturellen Veranstaltungen. Aber auch in Veranstaltungen zu Wissenschaft, im Bildungssektor und beim Umweltschutz wird zunehmend mit Unternehmen zusammengearbeitet, die mit einem Sponsoring ihr Image pflegen wollen. Als Gegenleistung für einen finanziellen Beitrag oder eine Sach- oder Dienstleistung können sie werben.

Für die SPD – wie für andere Parteien – ist Sponsoring ebenfalls ein Instrument, um im Rahmen von Veranstaltungen Einnahmen zu erzielen und Kosten zu reduzieren. Jedoch: Wir können uns als Partei weder mit einem Bundesligaverband noch mit einem lokalen Umweltprojekt vergleichen. Wir unterliegen anderen Anforderungen und „Marktgesetzen“.

Die Einnahmen aus Sponsoring sind im Berichtszeitraum insbesondere mit dem Bundesparteitag in Bochum sowie mit Zielgruppen- und Multiplikatorenveranstaltungen erzielt worden, wie Juso-Bundeskongressen, Veranstaltungen mit Zukunftsthemen etc.

Das finanzielle Volumen fällt im Vergleich zu den übrigen Einnahmen des Parteivorstandes mit weniger als einem Prozent noch vergleichsweise gering aus.

Es gelten beim Sponsoring, der unter den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb fällt, andere Erfordernisse als bei der Behandlung von Parteispenden.

Unternehmen, die sich bei uns werblich präsentieren, tun dies, weil unsere Mitglieder und Funktionäre für sie als Zielgruppe von Werbemaßnahmen attraktiv sind.



*Die Jugendpresselounge auf dem Bundesparteitag 2003 in Bochum – ermöglicht durch Sponsoring.*

Im Berichtszeitraum hat sich gezeigt, dass Unternehmen, die sponsern, in der Regel nicht spenden sowie umgekehrt.

Das Sponsoringreferat im Parteivorstand ist zuständig für die Kontaktpflege zu Sponsoren sowie die korrekte Abwicklung und ist auch Anlaufstelle für diesbezügliche Fragen aus den Gliederungen.

## 1.4 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person); dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2003 insgesamt 59,33 Mio. € und 2004 insgesamt 46,36 Mio. €.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass 2003 als Folge des CDU-Spendenskandals eine Einmalzahlung in Höhe von 11,68 Mio. € erfolgte. Die Mittel, die der CDU zugestanden hätten, sind auf die anderen Parteien aufgeteilt worden. Ohne diese Sonderzahlung hätte der Anteil der SPD nur 47,65 Mio. € betragen.

## 2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Haushalte 2003 und 2004 standen unter dem Vorzeichen rückläufiger Beitragseinnahmen. Zudem mussten die finanziellen Belastungen durch den Bundestagswahlkampf aufgefangen werden.

Die mittelfristige Finanzplanung konnte nur mit harten Einsparungen im Sachmittelletat zustande kommen, darüber hinaus sind strukturelle Einschnitte im Personalbereich notwendig geworden, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen. Die vorzeitige Auflösung des Bundestages hat die Umsetzung verzögert, sie wird ab 2006 realisiert werden müssen.

Vor dem Umzug nach Berlin im Jahr 1999 machten die Personalkosten noch 38 Prozent der Ausgaben aus. 2001 lagen sie bei 31,5 Prozent, 2002 schon wieder bei 36 Prozent und 2003/2004 bei 37 Prozent der Ausgaben.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche technische und organisatorische Dienste (Buchhaltung, EDV etc.) mit dem Umzug nach Berlin ausgelagert wurden, also den Personaletat unmittelbar nicht mehr belasten, sondern als Sachausgaben geführt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Personalkostenquote 2003/2004 im Vergleich zu 1999 eindeutig zu hoch. Das vor allem auch deshalb, weil die Etats insgesamt aufgrund der sinkenden Beitragseinnahmen geringer ausfallen und die zur Verfügung stehenden Sachmittel für die politische Arbeit im Vergleich zu den Personalkosten zu gering sind (Stichwort „Kampagnenfähigkeit“).

Unser Ziel ist, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Deshalb haben wir Betriebsvereinbarungen überarbeitet und Vergünstigungen gestrichen. Dies geschah in Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat. Diesen Weg werden wir fortsetzen, denn die erreichten Einsparungen reichen nicht aus, um wieder ein gesundes Verhältnis zwischen Personal- und Sachausgaben zu erreichen.

Der Ansatz für den Betriebshaushalt 2005 liegt trotz eines Jahres mit Parteitag um 0,9 Mio. € unter den Ausgaben des Betriebshaushaltes von 2004. Der Betriebshaushalt 2006 muss jedoch noch mal in den Ausgaben reduziert werden. Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes muss sich in Zukunft strikter als bisher an den tatsächlich erzielten Einnahmen orientieren, da höhere Einnahmen für die nächsten Jahre nicht zu erwarten sind.

Eine erfreuliche Entwicklung lässt sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach ihrer Verfünfachung von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €) sind sie bereits gesunken. Der Betriebshaushalt EDV betrug 2001 noch 5,3 Mio. €. Er konnte bis 2004 auf unter 4 Mio. € zurückgeführt werden und soll sich auch in den nächsten Jahren bei ca. 4 Mio. € einpendeln.

Das Budget für die Europawahl konnte aufgrund sorgfältiger Haushaltsbewirtschaftung und intensiver Kontrolle eingehalten werden. Die Wahlkampfzentrale für den Europawahlkampf wurde im Willy-Brandt-Haus eingerichtet. Der Etat betrug im Wahljahr rund 11 Mio. €. Im Etat des Europawahlkampfes schlugen die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Kino- und Fernseh-Spots sowie Flugblätter und andere Verteilmaterialien mit insgesamt 6,1 Mio. € zu Buche. Ein weiterer großer Bereich waren mit 1,5 Mio. € die (Groß-) Veranstaltungen, insbesondere die mit dem Bundeskanzler und dem Spitzenkandidaten. An Gliederungen wurden 1,9 Mio. € Zuschüsse ausgezahlt. Die restlichen Mittel wurden für Zielgruppen, Forschung, Themen- und Pressearbeit sowie für die Verwaltungs- und Personalkosten verwandt.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2003 und 2004 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Entsprechendes gilt für den Kampagnenetat zur Europawahl 2004. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend das Finanzgebaren des Parteivorstandes.

## 3. Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Bei der Verteilung der staatlichen Mittel werden neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) einbezogen. Das hat zu Verschiebungen geführt gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute knapp 28 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 11,5 Prozent gestiegen sind.

Für die zukünftige Verteilung ist eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln erfolgt. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Verteilung der staatlichen Mittel										
	1991 – 1993 Ø pro Jahr		1994 – 1997 Ø pro Jahr		1998 – 2001 Ø pro Jahr		2002 – 2004 Ø pro Jahr		Veränderung ggü. 1991 – 1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
<b>Landesverbände</b> von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.600 7.325		7.206 8.956		6.196 10.774			
LV-Gesamt	13.302	30	14.925	32	16.162	34	16.970	33	3.668	27,6
<b>Parteivorstand</b>	<b>30.996</b>	<b>70</b>	<b>31.040</b>	<b>68</b>	<b>32.042</b>	<b>66</b>	<b>34.550</b>	<b>67</b>	<b>3.554</b>	<b>11,5</b>
SPD-Gesamt	44.298	100	45.965	100	48.204	100	51.520	100	7.222	16,3

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €.

### 4. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

**A**ls solidarische Leistung unserer Mitglieder in den alten und neuen Landesverbänden werden je Monatsbeitrag 26 Cent zweckgebunden für den Strukturaufbau in den ostdeutschen Landesverbänden weitergeleitet. Ohne diese Strukturhilfe ist es dort kaum möglich, eine handlungsfähige Organisation zu sichern. Obwohl der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in Ostdeutschland deutlich höher ist als in Westdeutschland, reichen die eigenen Einnahmen bei rund 24.000 Mitgliedern (Stand: 31. 12. 2004) nicht aus, das Geschäftsstellennetz zu finanzieren.

Zur Unterhaltung der Geschäftsstellen und des hauptamtlichen Personals wurden den ostdeutschen Landesverbänden in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt 6,04 Mio. € zur direkten Defizitabdeckung überwiesen. Diese setzten sich aus den von den Mitgliedern gezahlten Sonderbeiträgen in Höhe von 3,90 Mio. € und einer aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes erbrachten Ergänzung dieser Strukturhilfe in Höhe von 2,14 Mio. € zusammen.

Darüber hinaus stellte der Parteivorstand zusätzlich aus seinem Betriebshaushalt im Jahr 2003 weitere 251 T€ und 2004 weitere 720 T€ als Wahlkampfunterstützung, Projektmittelzuschüsse, Personal- und Verwaltungskosten bereit.

In den Jahren 2003 und 2004 wurden insgesamt 7,01 Mio. € für die Fortsetzung der Aufbauhilfe Ost eingesetzt, 2003 waren es 3,33 Mio. € und 2004 waren es 3,68 Mio. €. Der Parteivorstand hat aus seinem eigenen Betriebshaushalt über die von den Mitgliedern gezahlte Strukturhilfe hinaus in diesen beiden Jahren 3,12 Mio. € beigesteuert.

## 5. Immobilienverwaltung

**D**ie Häuser der SPD werden grundsätzlich von der Konzentration GmbH verwaltet, nur das Willy-Brandt-Haus hat eine eigene Verwaltungsgesellschaft.

Im Berichtszeitraum hat die Konzentration GmbH neben ihrer Tätigkeit als Treuhänderin des SPD-Parteivorstandes für die Immobilienportfolios Ost verstärkt ihr Augenmerk auf die Organisation, Entwicklung, Verwaltung und Dokumentation des Immobilienvermögens in den alten Bundesländern gelegt.

Die Strukturbereinigung des Immobilienbesitzes der Partei wurde fortgeführt. Der Grundbesitz in Regensburg und Würzburg wurde in das Treuhandvermögen der Partei überführt. Die Grundstücksbesitzgesellschaften M. Walther & Co. GmbH und die Oberpfälzisch-Niederbayerische Verlagsgesellschaft mbH wurden anschließend auf die Konzentration GmbH verschmolzen, in der nun ihre Geschichte fortlebt.

Die Bezirke Oberpfalz und Niederbayern haben den Beirat Immobilienvermögen Ostbayern gegründet. Dieser Beirat ist Ansprechpartner der Konzentration GmbH in allen Fragen der Immobilienverwaltung und -entwicklung.

Die Immobilien in Wilhelmshaven, Göttingen und Esslingen wurden entwickelt, von Grund auf saniert und sind vermietet.

Geprägt wurde der Berichtszeitraum zudem durch die Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschäftsabläufe in der Konzentration GmbH. So wurde die bisher extern durchgeführte Buchhaltung in die Konzentration reintegriert und zugleich eine Anlagenbuchhaltung aufgebaut. Dies erlaubt der Konzentration nunmehr ein zeitnahe Controlling des Immobilienbesitzes der Partei. Die monatsscharfe Analyse der Immobilienentwicklung ermöglicht ein schnelles und konsequentes Eingreifen bei Kostenüberschreitungen oder Mietausfällen.

Parallel zur mittlerweile abgeschlossenen Systematisierung des Aktenbestandes der Konzentration GmbH wurde in 2004 begonnen, den Immobilienbesitz der SPD in einer Datenbank, basierend auf MS-Access, zu erfassen.

In 2004 hat die Konzentration GmbH erstmals die Bewertung des Immobilienbesitzes gemäß §§ 146 ff. Bewertungsgesetz für den SPD Parteivorstand durchgeführt. Der Betrag von 92 Mio. € wurde im Rechenschaftsbericht der SPD für das Jahr 2003 ausgewiesen.

Die Konzentration GmbH beschäftigte zum 31.12.2004 einschließlich des Geschäftsführers sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berliner Büro. Hinzu kommen vier Auszubildende.



*Sanierung im Jahr 2003:  
Das „Paul-Hug-Haus“, Sitz der Geschäftsstelle  
der Unterbezirke Wilhelmshaven, Friesland  
und Wittmund, am Rathausplatz in Wilhelmshaven.*



### 6. Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd\_vg.)

**W**enn Union und FDP von Unternehmen der SPD sprechen oder über den Reichtum der SPD spekulieren, meinen sie die dd\_vg. Nach dem Bewertungsgesetz wurde der Wert der Beteiligungen an Unternehmen auf rund 165,3 Mio. € geschätzt. Dieser Betrag wurde im Rechenschaftsbericht 2003 der SPD ausgewiesen. Die jährlichen Ausschüttungen der dd\_vg. an die SPD betragen zur Zeit ca. 6 Mio. € jährlich. Sie liegen damit weit unter der Differenz der Spendeneinnahmen zwischen Union und SPD. Die Union (CDU und CSU) hat 2003 27,114 Mio. € an Spenden eingenommen und damit 16,669 Mio. € mehr als die SPD. Die Einnahmen aus der dd\_vg. verwendet die SPD vorrangig für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses.

Die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd\_vg.) hat auch im Jahr 2003 ein befriedigendes Geschäftsergebnis in Höhe von 12,5 Mio. € nach Steuern erzielen können. Es liegt um 35,9 Prozent über dem Vorjahresergebnis von 9,2 Mio. €. Das entspricht einer Kapitalrendite von 10,4 Prozent. 6,1 Mio. € wurden an die SPD als Gesellschafterin der dd\_vg. ausgeschüttet.

Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2004 wurden im Herbst 2005 auf einer Bilanzpressekonferenz vorgestellt. Sie sind hinter dem Ergebnis von 2003 kaum zurückgeblieben (11,5 Mio. €). Das Betriebsergebnis steigerte sich sogar um 3,8 Mio. €. Diese Ergebnisse konnten trotz der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage der Tageszeitungen erzielt werden, die das bedeutendste Geschäftsfeld der dd\_vg.-Beteiligungen darstellten.

Die Krise dieser Branche hält nun schon einige Jahre an: Dramatisch gesunkene Anzeigenerlöse, reduzierte Heftumfänge und ein kontinuierlicher Rückgang der verkauften Auflagen sind nicht nur konjunkturell bedingt, sondern signalisieren auch strukturelle Veränderungen, wie z. B. im Leseverhalten, die den Verlagen tief greifende Anpassungen abverlangen. Dazu gehören nicht nur teilweise schmerzhafteste Restrukturierungsprozesse, sondern auch Investitionen in neue Geschäftsfelder.

Dabei mag der SPD heute zugute kommen, dass sie die Lektion der 70er Jahre nicht vergessen hat, als Zeitungsunternehmen auch deswegen aufgeben mussten, weil man sich zu lange betriebswirtschaftlichen Einsichten verschlossen hatte.

Das Engagement der SPD im Zeitungsbereich ist ein Beitrag zum Erhalt einer vielfältigen mittelständischen Presselandschaft in Deutschland: So hat die dd\_vg. 2003 den 70-Prozent-Anteil des Süddeutschen Verlags an der „Frankenpost“ in Hof übernommen, um kartellrechtliche Hürden zu beseitigen, die einem Sanierungskonzept des Süddeutschen Verlags mit Hilfe eines neuen Gesellschafters im Wege standen. 2005 hat der Süddeutsche Verlag 65 Prozentpunkte dieser Anteile zurück erworben.

Ein Beitrag zum Erhalt der Pressevielfalt war auch die Entscheidung, im Frühjahr 2004 90 Prozent der Anteile an der akut gefährdeten Frankfurter Druck- und Verlagsgesellschaft in einer Situation zu übernehmen, in der sich kein anderer Zeitungsverlag engagieren konnte oder wollte. Erklärtes Ziel des Engagements ist es, das Überleben der traditionsreichen „Frankfurter Rundschau“ zu sichern. Es besteht die Absicht, nach einer Phase der grundlegenden Sanierung einen Partner aus der Verlagsbranche als neuen Mehrheitsgesellschafter zu gewinnen.





*Das „Rundschau-Haus“, Sitz der Frankfurter Rundschau in Frankfurt/Main bis Mitte 2005.*

Insgesamt konnten sich die Erträge aus den Medienbeteiligungen der dd\_vg. gut behaupten. Dazu hat auch die erfreuliche Entwicklung des „vorwärts“ beigetragen.

„Öko-Test“ konnte ihre gute Marktposition bestätigen. Im Zusammenhang mit dem Engagement bei der „Frankfurter Rundschau“ fiel die Entscheidung, sich aus dem Segment der Stadtilustrierten zurückzuziehen; die Anteile an der „Szene Hamburg“ wurden veräußert.

Im Buchverlagsgeschäft konnte der „Parthas Verlag“ Programm und Umsatz deutlich ausbauen. Die neu gegründete „vorwärts buch“-Reihe soll das Interesse an politischen Publikationen abdecken.

Die anderen Sparten der dd\_vg. zeigten unterschiedliche Entwicklungen: Der verstärkte und teilweise ruinöse Wettbewerb im Bereich der Akzidenzdruckereien hat dazu geführt, dass sich die dd\_vg. auf die Betriebe in Lübeck und Braunschweig konzentriert und darüber hinaus das Unternehmen in Lübeck mit einem benachbarten Betrieb fusioniert hat (dd\_vg.-Anteil: 70 Prozent).

Im Zuge der Fusion der Tiefdruckunternehmen von Gruner + Jahr, Bertelsmann und Springer wurde die Tiefdrucksparte des gemeinsam von dd\_vg. (40 Prozent) und Gruner + Jahr (60 Prozent) betriebenen Druck- und Verlagshauses in Dresden herausgelöst und der dd\_vg.-Anteil an Gruner + Jahr veräußert.

Im Segment Tourismus erfreut sich der „SPD-Reise-Service“ wachsender Akzeptanz unter den Mitgliedern und einer soliden wirtschaftlichen Lage, während das „Reisebüro im Willy-Brandt-Haus“ unter den drastischen Veränderungen im Reisegeschäft, vor allem dem Margen- und Provisionsverfall, nach wie vor leidet.

Zum Geschäftsbereich Handel und Service gehören Aktivitäten mit sehr unterschiedlicher Ertragskraft: Papierhandel (HPPV), Werbemittel und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (Antiquariat im Willy-Brandt-Haus), EDV und Verwaltungsservice (Office Consult); in der Berichtsperiode zeigt der Bereich insgesamt gleichwohl ein positives Ergebnis.

Beim Projekt SPD-CARD muss sich 2006 zeigen, ob der Wunsch der SPD, eine solche Karte anzubieten, unter wirtschaftlichen Bedingungen dauerhaft realisierbar ist.

Eine besondere Herausforderung bleiben die Versuche von CDU und FDP, das seit 140 Jahren bestehende Engagement der SPD im Medienbereich zu diskreditieren. Neue Ländergesetze haben Verlage mit dd\_vg.-Beteiligung gezwungen, Anteile von Hörfunkunternehmen aufzugeben. Die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen darüber sind immer noch anhängig.

Am 6. September 2005 konnte die SPD allerdings vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg ein beachtliches Urteil zu ihren Gunsten erreichen. Geklagt hatte die Niedersächsische SPD-Landtagsfraktion gegen eine Veränderung des Niedersächsischen Mediengesetzes zu Lasten der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft. Die Novelle wurde für nichtig erklärt. „Damit führt das Normenkontrollverfahren, das die 63 Mitglieder der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eingeleitet hatten, zu dem von ihnen erstrebten Erfolg“, so der Staatsgerichtshof in seiner Pressemitteilung.

In dem Normenkontrollverfahren bestätigt das Urteil die Presse- und Rundfunkfreiheit und die Grundrechtsträgerschaft der Parteien und stellt klar, dass eine Einschränkung der Rundfunkfreiheit sich nur daran orientieren darf, die Unabhängigkeit und Neutralität des Rundfunks zu wahren. Damit kann lediglich der beherrschende Einfluss einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Parteien) ausgeschlossen werden, nicht aber Minderheitsbeteiligungen, wie sie bei der Beteiligung der SPD-Medienholding dd\_vg. an der Verlagsgesellschaft Madsack vorlag.

Nach den Maßstäben dieses Urteils sind auch die Rundfunkgesetze der Länder Hessen und Baden-Württemberg verfassungswidrig. Gegen das Hessische Rundfunkgesetz wurde durch die SPD-Bundestagsfraktion bereits 2003 eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben, die noch nicht entschieden ist.

Für die Medienbeteiligungen der SPD bedeutet das Urteil einen großen Gewinn an Rechtssicherheit. Anders als bei der Rundfunkfreiheit gibt es für das Recht auf Pressebeteiligungen nach den Maßstäben dieses Urteils keine Einschränkungsmöglichkeiten außer den kartellrechtlichen, die für alle gelten.

In der Staatsrechtslehre ist es inzwischen Konsens, dass die Beteiligungen an Zeitungen und Verlagen zu den Grundrechten auf Eigentum gehören, die auch einer Partei zustehen. Dennoch versucht die FDP immer wieder, die SPD zum vierten Mal in ihrer Geschichte zu enteignen. Für die selbsternannte Rechtsstaatspartei eine stolze Leistung im Kampf um Platzvorteile in der Parteienkonkurrenz.

## 7. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich zu den anderen Parteien 2003

Rechenchaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2003														
	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		PDS	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Einnahmen</b>														
1. Mitgliedsbeiträge	53.890	29,97	42.748	30,60	10.240	21,59	52.988	28,31	5.333	20,37	6.120	22,04	9.875	44,57
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	22.430	12,47	18.051	12,92	3.252	6,86	21.303	11,38	4.470	17,07	1.271	4,58	1.139	5,14
3. Spenden von natürlichen Personen	8.795	4,89	12.785	9,15	6.255	13,19	19.040	10,17	3.155	12,05	6.186	22,27	1.725	7,78
4. Spenden von juristischen Personen	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	8.074	4,31	279	1,07	1.165	4,19	28	0,13
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	6.205	3,45	980	0,70	151	0,32	1.131	0,60	1	0,00	45	0,16	0	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	9.067	5,04	4.192	3,00	697	1,47	4.889	2,61	262	1,00	1.213	4,37	262	1,18
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften etc.	13.981	7,77	10.996	7,87	8.017	16,91	19.013	10,16	1.038	3,97	704	2,53	200	0,90
8. Staatliche Mittel	59.334	32,99	43.897	31,42	15.269	32,20	59.166	31,62	10.757	41,09	10.241	36,88	8.740	39,44
9. Sonstige Einnahmen	4.493	2,50	1.462	1,05	74	0,16	1.536	0,82	884	3,37	827	2,98	190	0,86
<b>Gesamt</b>	<b>179.845</b>	<b>100,00</b>	<b>139.723</b>	<b>100,00</b>	<b>47.417</b>	<b>100,00</b>	<b>187.140</b>	<b>100,00</b>	<b>26.179</b>	<b>100,00</b>	<b>27.772</b>	<b>100,00</b>	<b>22.159</b>	<b>100,00</b>
<b>Ausgaben</b>														
1. Personalausgaben	54.723	32,42	39.889	32,56	10.328	23,45	50.217	30,15	7.406	32,51	4.048	16,43	7.531	41,66
2.a Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs	26.975	15,98	30.611	24,99	8.113	18,42	38.724	23,25	4.571	20,07	8.563	34,76	4.318	23,88
2.b Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	36.215	21,45	31.229	25,49	13.263	30,12	44.492	26,72	6.388	28,04	6.347	25,76	5.297	29,30
2.c Ausgaben für Wahlkämpfe	20.588	12,20	13.509	11,03	11.215	25,47	24.724	14,85	3.076	13,50	2.962	12,02	828	4,58
2.d Ausgaben für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	28.011	16,59	2.678	2,19	571	1,29	3.249	1,95	390	1,71	385	1,56	33	0,18
2.e sonstige Zinsen	1.447	0,86	1.385	1,13	364	0,83	1.749	1,05	162	0,71	2.083	8,45	5	0,03
2.f sonstige Ausgaben	839	0,50	3.196	2,61	184	0,42	3.380	2,03	788	3,46	249	1,01	66	0,37
<b>Gesamt</b>	<b>168.798</b>	<b>100,00</b>	<b>122.497</b>	<b>100,00</b>	<b>44.038</b>	<b>100,00</b>	<b>166.535</b>	<b>100,00</b>	<b>22.781</b>	<b>100,00</b>	<b>24.637</b>	<b>100,00</b>	<b>18.078</b>	<b>100,00</b>
Überschuss/Defizit	11.047		17.226		3.379		20.605		3.398		3.135		4.081	
Reinvermögen	135.665		74.371		22.057		96.428		20.847		-243		20.704	



Im Jahr 2003 wurden die Rechnungslegungsvorschriften und die Vorschriften über Prüfung und Korrekturen von Rechenschaftsberichten des Parteiengesetzes von 2002 erstmals angewandt.

Im Abschlussbericht der Parteienfinanzierungskommission 2004 wurden die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz erörtert. Hieraus und – nicht zuletzt – der Interpretation des Gesetzes von 2002 durch das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) folgten Überlegungen zu einer Überarbeitung der Novelle von 2002 vor der endgültigen Rechenschaftslegung für das Jahr 2003.

Nach dem vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) entwickelten Prüfungsstandard sollten beispielsweise die Parteien zu einem im Parteiengesetz von 2002 nicht vorgesehenen Anhang verpflichtet werden. Solche Anhänge haben nur „große Kapitalgesellschaften“ aufzustellen. Außerdem sollten z. B. auf jeder Ebene Rechnungsabgrenzungsposten gebildet werden. Die ehrenamtliche Kassenführung hätte dieses nicht leisten können.

Andererseits hatte sich gezeigt, dass das geänderte Parteiengesetz schwierig zu handhaben ist. So sind Bundestagsverwaltung und Parteien mit Korrekturvorfällen belastet, die oft nur unwesentliche Fälle betreffen.

Vereinfachungen und Klarstellungen des Prüfungsverfahrens beim Bundestagspräsidenten ließen sich im Gesetzgebungsverfahren nicht durchsetzen. Das lag letztlich an unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Damit wurde nicht abschließend geklärt, was für den Rechenschaftsbericht wesentlich ist und was nicht.

Im Sinne der ehrenamtlichen Kassenführung auf der örtlichen Ebene ist es auch nach dieser Novelle des Parteiengesetzes bei der Einnahmen-/Ausgabenrechnung geblieben. Allerdings wurde sie zu einer „Ergebnisrechnung“ weiterentwickelt, d. h. sie ist mit der Vermögensrechnung fest verknüpft.

Um den Ortsvereinen, Unterbezirken, Stadtverbänden etc. auch in Zukunft die ehrenamtliche Kassenführung zu ermöglichen, wurde eine neue Regelung geschaffen. Sie erlaubt diesen Gliederungen, unabhängig vom Entstehen der jeweiligen Forderung bzw. Verbindlichkeit, Einnahmen und Ausgaben im Zeitpunkt des jeweiligen Geldflusses zu buchen.

Darüber hinaus wurde klargestellt, dass nur die „für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften“ (also nicht die Vorschriften für so genannte große Kapitalgesellschaften) soweit gelten, wie das Parteiengesetz nicht eine spezielle Regelung trifft.

Mit der Novelle von 2004 ist es gelungen, die Rechnungslegungsvorschriften praxisgerechter und transparenter zu gestalten.

**D**ie Lage der Parteifinanzen der SPD ist stabil. In den nächsten Jahren werden sich aber erhebliche Risiken entwickeln.

Das größte Risiko ist die sich verschärfende grundsätzliche Kritik, die Parteien in der Öffentlichkeit erfahren, und die zu einem wachsenden Mangel an Selbstbewusstsein führt.

Dass Parteien für den demokratischen Prozess notwendig sind, dass Demokratie ohne sie nicht funktionieren kann, ist zwar inzwischen in der deutschen Staatslehre Konsens, aber daneben hat sich eine Parteienstaatskritik entwickelt, die Mitarbeit in politischen Parteien abwertet und politische Parteien als Entartung der Demokratie ansieht. Diese Diskussion beeinflusst auch die Einnahmen der Parteien. Nicht von ungefähr ist die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung inzwischen deutlich hinter den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zurückgeblieben, weil jeder Versuch, sie anzuheben, einem Sperrfeuer der Parteienkritik ausgesetzt war.

Die öffentliche Kritik ist außerdem kein Ansporn für junge Menschen, sich in Parteien zu engagieren. Dennoch haben wir in den letzten Monaten viel Zuspruch, Einsatz und auch Parteieintritte erfahren können.

Die Veränderung der Altersstruktur unserer Bevölkerung führt zu längerer Mitgliedsdauer und stabilisiert unsere Beitragseinnahmen. Langfristig stehen wir jedoch vor dem Problem, dass die anwachsende Zahl von Sterbefällen durch neue Mitglieder ausgeglichen werden muss.

Mitgliederwerbung bleibt daher eine ständige und alle fordernde Aufgabe. Das kann nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn in Zukunft die innerparteiliche Demokratie lebt und unsere Mitglieder sich vielfältig bei uns engagieren können.

Daneben müssen neue Einnahmequellen gefunden werden. Wir müssen über die erreichten Fortschritte bei der Spendenwerbung und beim Sponsoring hinaus in diesen Bereichen weiter aktiv werben. Die Beteiligung der SPD an Unternehmen hat sich stabil entwickelt. Wir haben dazu beigetragen, eine mittelständische Vielfalt im Zeitungsbereich zu erhalten. Gleichzeitig haben sich die Ausschüttungen verstetigt. Sie haben die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses und die Unterstützung beim Aufbau Ost ermöglicht.

Dennoch werden wir auch angesichts der demografischen Entwicklung in der Mitgliederstruktur aller Parteien die staatliche Teilfinanzierung grundsätzlich verstetigen und verbessern müssen, ohne die Parteien aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

# Die Finanzen der Bundestagsparteien 2003

(SPD, CDU, CSU, GRÜ, FDP und PDS)

## A. Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen von 2002

Bis zum Rechnungsjahr 2002 waren die Parteien verpflichtet, ihre Einnahmen aus Vermögen, Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit in den Rechenschaftsberichten um die damit verbundenen Ausgaben vermindert auszuweisen (*Saldierungsgebot*). Ab 2003 sind auch diese Einnahmen und Ausgaben jeweils mit ihrem vollen Betrag anzugeben (*Saldierungsverbot*).

Außerdem wurden als zusätzliche Einnahmen- und Ausgabenkategorien eingeführt:

- **Mandatsträgerbeiträge** (*bislang als „ähnliche regelmäßige Beiträge“ in den Mitgliedsbeiträgen enthalten*).
- **Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen** (*bislang als „Einnahmen aus Vermögen“ mit den entsprechenden Ausgaben zu saldieren*).
- **Ausgaben für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen** (*bislang als „Zinsen“ bzw. „Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes“ mit den entsprechenden Einnahmen zu saldieren*).

Neben den strengeren Spendenregelungen waren das die gravierendsten Änderungen des Parteiengesetzes, die deutliche Gewichtverschiebungen in den Rechenschaftsberichten bewirkten. Vergleiche mit den Vorjahren sind deshalb nur sehr eingeschränkt möglich (außerdem wurden erstmals Strafvorschriften in das Parteiengesetz aufgenommen).

## B. Die Finanzentwicklung bei den Gesamtparteien

### Vorbemerkungen:

Nach den starken finanziellen Belastungen durch die Wahlkämpfe zur Bundestagswahl, zur bayerischen Kommunalwahl und zu den Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt im Jahre 2002 waren die Finanzen der Parteien im Jahr 2003 trotz der Landtagswahlen von Niedersachsen, Hessen und Bayern sehr viel geringer belastet als im Bundestagswahljahr 2002.

Die Neuberechnung der staatlichen Mittel für das Jahr 1999, die infolge des CDU-Spendenskandals in Hessen erforderlich wurde, führte zu einer Minderung des für die CDU zunächst errechneten Betrages um 21 Mio. €. Gemäß den bis 2002 noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen wurde dieser Betrag auf die anderen Parteien verteilt. Die Auszahlung der Beträge erfolgte im Jahre 2003. Bei den folgenden Vergleichen mit den Vorjahren werden diese außerordentlichen Einnahmen außer Betracht gelassen und nur bei den Jahresergebnissen (Überschüsse bzw. Defizite) nachrichtlich aufgeführt.

## 1. Veränderungen von Einnahmen, Ausgaben und Reinvermögen gegenüber 2002

	<b>SPD</b> Mio. €	<b>CDU</b> Mio. €	<b>CSU</b> Mio. €	<b>GRÜ</b> Mio. €	<b>FDP</b> Mio. €	<b>PDS</b> Mio. €
<b>Gesamteinnahmen</b> (ohne Zuschüsse von Gliederungen)						
2002	158,8	142,0	46,1	26,3	31,5	21,9
2003 (ohne a. o. staatliche Mittel)	168,2	139,7	45,1	24,1	26,1	20,5
Veränderung	<b>+ 9,4</b>	<b>- 2,3</b>	<b>- 1,0</b>	<b>- 2,2</b>	<b>- 5,4</b>	<b>- 1,4</b>
Veränderung in %	+ 5,9	- 1,6	- 2,2	- 8,4	- 17,1	- 6,4
<b>Gesamtausgaben</b> (ohne Zuschüsse an Gliederungen)						
2002	187,3	142,8	54,6	30,1	38,5	24,6
2003	168,8	122,5	44,0	22,8	24,6	18,1
Veränderung	<b>- 18,5</b>	<b>- 20,3</b>	<b>- 10,6</b>	<b>- 7,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 6,5</b>
Veränderung in %	- 9,9	- 14,2	- 19,4	- 24,3	- 36,1	- 26,4
<b>Überschuss / Defizit</b>						
2002	- 28,5	- 0,8	- 8,5	- 3,8	- 7,0	- 2,7
2003	- 0,6	+ 17,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,4
zzgl. a. o. staatliche Mittel	+ 11,7	0,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7
Gesamtergebnis 2003	<b>+ 11,1</b>	<b>+ 17,2</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 4,1</b>
<b>Reinvermögen 2002</b>	<b>124,6</b>	<b>57,2</b>	<b>18,7</b>	<b>17,4</b>	<b>- 1,9</b>	<b>16,6</b>
<b>Reinvermögen 2003</b>	<b>135,7</b>	<b>74,4</b>	<b>22,1</b>	<b>20,8</b>	<b>- 0,2</b>	<b>20,7</b>

Alle Parteien konnten in 2003 Überschüsse erzielen und damit Schulden abbauen oder Rücklagen für künftige Wahlen bilden, die CDU trotz der Belastung durch die Rückzahlungsverpflichtung staatlicher Mittel.

Die SPD konnte nur dank der ihr zugeflossenen außerordentlichen staatlichen Mittel einen Überschuss erzielen und hätte ansonsten lediglich ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

## 2. Die Veränderungen der Einnahmen gegenüber 2002

Bei der **SPD** lagen die Einnahmen des Jahres 2003 um 9,4 Mio. € (5,9 Prozent) über den Vorjahreseinnahmen. Die Beitragseinnahmen (einschließlich der Mandatsträgerbeiträge) waren zwar um 2,0 Mio. € (2,5 Prozent) niedriger und die Spenden gingen um 6,9 Mio. € (39,7 Prozent) zurück, die anderen Einnahmen waren aber wesentlich höher als im Vorjahr. Der größte „Zuwachs“ resultiert mit 11,9 Mio. € (579,8 Prozent) aus den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (Veranstaltungen, Druckschriften etc.), bei denen sich die Aufhebung des Saldierungsgebots auswirkt. Aus demselben Grund waren auch die ausgewiesenen Einnahmen aus Vermögen einschließlich Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen deutlich höher als im Vorjahr (+ 4,8 Mio. € / 45,3 Prozent).

Bei der **CDU** waren die Einnahmen 2003 um 2,2 Mio. € (1,6 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Den stärksten Rückgang musste sie mit 13,1 Mio. € (42,9 Prozent) bei den Spenden hinnehmen. Demgegenüber lagen die Beiträge um 2,8 Mio. € (4,9 Prozent), die Einnahmen aus Vermögen um 1,6 Mio. € (46,2 Prozent) und die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit um 8,3 Mio. € (309,2 Prozent) über den Vorjahreseinnahmen.

Auch die **CSU** weist rückläufige Einnahmen aus. Sie lagen 2003 um 1,0 Mio. € (2,2 Prozent) unter denen des Vorjahres. Die CSU hatte bei den Spenden den stärksten Rückgang (-9,2 Mio. € / 48,5 Prozent). Die Zuwächse bei den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 6,8 Mio. € / 533,7 Prozent), Vermögen (+ 0,4 Mio. € / 76,8 Prozent) und den staatlichen Mitteln (+ 1,0 Mio. € / 8,6 Prozent) konnten die Spendenrückgänge nicht ausgleichen.

Die **Grünen** weisen um 2,3 Mio. € (8,6 Prozent) rückläufige Einnahmen gegenüber dem Vorjahr aus. Die Spenden waren um 1,8 Mio. € (35,0 Prozent) und die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit um 0,9 Mio. € (47,4 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Dagegen lagen die Beitragseinnahmen um 0,5 Mio. € (5,3 Prozent) über dem Vorjahresstand.

Bei der **FDP** waren die Einnahmen 2003 um 5,4 Mio. € (17,2 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Die Spenden waren um 6,4 Mio. € (46,5 Prozent) zurückgegangen. Die Beitragseinnahmen waren hingegen um 1,1 Mio. € (18,0 Prozent) höher als im Vorjahr.

Die **PDS** hatte im Jahr 2003 um 1,5 Mio. € (6,6 Prozent) geringere Einnahmen als in 2002. Die Spendeneinnahmen waren um 2,0 Mio. € (53,3 Prozent) zurückgegangen, die Beitragseinnahmen um 0,6 Mio. € (5,8 Prozent) gestiegen.



### 3. Die Veränderungen der Ausgaben gegenüber 2002

Alle Parteien weisen deutlich geringere Wahlkampfausgaben als im Vorjahr aus. Bei der SPD sind es 2003 nur 43,7 Mio. €, bei der CDU 32,0 Mio. €, bei der CSU 17,3 Mio. €, bei den Grünen 8,3 Mio. €, bei der FDP 12,5 Mio. € und bei der PDS 7,6 Mio. €.

Bei der **SPD** gingen die Gesamtausgaben jedoch nur um 18,5 Mio. € zurück. Die erstmals auszuweisenden Ausgaben für die Vermögensverwaltung beliefen sich auf 28,0 Mio. €. Den Erläuterungen zufolge wurden im Bereich des Haus- und Grundvermögens außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 15,3 Mio. € vorgenommen.

Bei der **CDU** gingen die Gesamtausgaben um 20,3 Mio. € zurück, bei der **CSU** sind es 10,5 Mio. € (Grüne 7,3 Mio. €, FDP 13,9 Mio. € und PDS 6,5 Mio. €).

Bei SPD, CDU und CSU sind die Ausgaben für die politische Arbeit deutlich angestiegen. Das dürfte mit dem Fortfall des Saldierungsgebots für die Ausgaben (und Einnahmen) aus Veranstaltungen, dem Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstigen mit Einnahmen verbundener Tätigkeit zusammenhängen.

Bei den Grünen sind diese Einnahmen erstaunlicherweise zurückgegangen und die Ausgaben für die politische Arbeit nur geringfügig gestiegen. Die FDP weist vergleichsweise geringe Einnahmesteigerungen und sogar rückläufige Ausgaben aus. Auch bei der PDS gibt es nur leichte Einnahmesteigerungen, jedoch deutlich höhere Ausgaben für die politische Arbeit.

## C. Die Finanzentwicklung im Einzelnen

### 1. Die Mitglieder- und Beitragsentwicklung

Mitgliedsbeiträge sind die wichtigsten Einnahmen für politische Parteien. Sie können die Unabhängigkeit von privaten Geldgebern gewährleisten und sind

– neben den Wählerstimmen – wesentlicher Maßstab für den Anteil einer Partei an den staatlichen Mitteln. Daher sind sowohl die Entwicklung der Mitgliederzahlen wie auch die Entwicklung der von den Mitgliedern gezahlten (Durchschnitts-)Beiträge von herausragender Bedeutung.

Entwicklung der Mitgliederzahlen						
	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
Mitglieder 2002	693.894	594.391	177.705	43.795	66.560	70.805
Mitglieder 2003	650.798	587.244	176.989	44.052	65.192	65.753
<b>Veränderung</b>	<b>- 43.096</b>	<b>- 7.147</b>	<b>- 716</b>	<b>+ 257</b>	<b>- 1.368</b>	<b>- 5.052</b>
<b>in %</b>	<b>- 6,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 0,4</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>- 2,1</b>	<b>- 7,1</b>

Entwicklung der Beitragseinnahmen						
	SPD Tsd. €	CDU Tsd. €	CSU Tsd. €	GRÜ Tsd. €	FDP Tsd. €	PDS Tsd. €
Beiträge 2002	78.275	57.952	13.358	9.311	6.264	10.411
Beiträge 2003	76.320	60.800	13.492	9.803	7.392	11.015
<b>Veränderung</b>	<b>- 1.955</b>	<b>+ 2.848</b>	<b>+ 134</b>	<b>+ 492</b>	<b>+ 1.128</b>	<b>+ 604</b>
<b>in %</b>	<b>- 2,5</b>	<b>+ 4,9</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 5,3</b>	<b>+ 18,0</b>	<b>+ 5,8</b>
<b>Aufteilung 2003:</b>						
Mitgliedsbeiträge	53.890	42.749	10.240	5.333	6.121	9.875
Mandatsträgerbeiträge	22.430	18.051	3.252	4.470	1.271	1.140

Entwicklung des Beitragsdurchschnitts (Jahresbeitrag je Mitglied)						
	SPD €	CDU €	CSU €	GRÜ €	FDP €	PDS €
BeitragsØ 2002	112,81	97,50	75,17	212,60	94,11	147,04
BeitragsØ 2003*	117,27	105,53	76,23	222,53	113,39	167,52
<b>Veränderung</b>	<b>+ 4,46</b>	<b>+ 8,03</b>	<b>+ 1,06</b>	<b>+ 9,93</b>	<b>+ 19,28</b>	<b>+ 20,48</b>
<b>in %</b>	<b>+ 4,0</b>	<b>+ 8,2</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>+ 20,5</b>	<b>+ 13,9</b>
Ø 2003 nur Mitgliedsbeiträge	82,81	72,79	57,86	121,06	93,88	150,18

\* Erst ab 2003 sind Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge in Rechenschaftsberichten getrennt ausgewiesen. Für den Vergleich mit dem Jahr 2002 wurden die Beiträge zusammengefasst und die Aufteilung darunter stehend gezeigt.

Wie die vorstehenden Vergleichszahlen zeigen, haben nur die Grünen im Jahr 2003 einen Mitgliederzuwachs erfahren, während bei allen anderen Parteien die Mitgliederzahl rückläufig war.

Auf die Beitragseinnahmen hat sich das unterschiedlich ausgewirkt. Sie sind bei der SPD leicht gesunken und bei den anderen Parteien gestiegen, am stärksten bei der FDP. Wie aus den als Anlage beigefügten Übersichten (→ Anhang **Tabelle 1**) ersichtlich, machen die Mitgliedsbeiträge 2003 bei der SPD und der CDU knapp ein Drittel ihrer Einnahmen aus. Bei CSU, Grünen und FDP ist es ein knappes Viertel und bei der PDS ist es fast die Hälfte.

Die **Mandatsträgerbeiträge** haben folgende Anteile an der Gesamtsumme der Beiträge bei den einzelnen Parteien: SPD 29 Prozent; CDU 30 Prozent; CSU 24 Prozent; Grüne 46 Prozent; FDP 17 Prozent und PDS 10 Prozent. Sie werden bei den meisten Parteien überwiegend von den nachgeordneten **Gebietsverbänden auf der kommunalen Ebene** erzielt. Bei SPD und CDU sind es mehr als 80 Prozent, bei CSU und Grünen etwa zwei Drittel. Der **CSU-Bundesvorstand**, der ja zugleich Landesvorstand ist, erhält rund ein Drittel der Mandatsträgerbeiträge und der **Bundesvorstand der Grünen** rund 14 Prozent. Bei den anderen Parteien erhalten die **Bundesvorstände** keine oder vergleichsweise wenige Mandatsträgerbeiträge (SPD 2,1 Prozent, CDU 0,1 Prozent, FDP keine, PDS 6,9 Prozent).

## 2. Die Spendeneinnahmen

Insgesamt verfügten CDU und CSU mit 27,1 Mio. € über deutlich höhere Spendeneinnahmen als alle anderen insgesamt im Bundestag vertretenen Parteien zusammen (23 Mio. €). Die Spendeneinnahmen haben 2003 bei der SPD einen Anteil von 5,8 Prozent an den Gesamteinnahmen, bei der CDU sind es 12,5 Prozent, bei der CSU 20,5 Prozent, bei der FDP 26,5 Prozent, bei den Grünen 13,1 Prozent und bei der PDS 7,9 Prozent. Sie wurden auch 2003 ganz überwiegend von den **Gebietsverbänden auf der kommunalen Ebene** erzielt, am stärksten bei der SPD mit 86,2 Prozent (→ Anhang **Tabelle 2**). Auch bei den anderen Parteien gingen die Spenden überwiegend an die nachgeordneten Gebietsverbände. Bei der CDU mit 73,3 Prozent, der CSU mit 74,1 Prozent, bei den Grünen mit 81,1 Prozent und der FDP mit 67,6 Prozent. Bei der PDS haben die nachgeordneten Verbände mit nur 52,4 Prozent einen vergleichsweise geringen Anteil an den der Partei zugeflossenen Spenden. Relativ hohe Anteile am Spendenaufkommen ihrer Gesamtpartei haben die Bundesvorstände von CSU (25,9 Prozent) und PDS (29,3 Prozent).

### 3. Die verschiedenen Gliederungsebenen

Wie hoch Einnahmen und Ausgaben sowie Überschüsse bzw. Defizite im Jahr 2003 in den drei Gliederungsebenen Bund, Länder und Kommunen sind, zeigt die folgende Übersicht (→ auch Anhang Tabelle 4).

übernommen wurden. Bezieht man diese Abschreibungen ein, wäre ein Defizit von 642 Tsd. € auszuweisen.

Die auf der **Landesebene** unterschiedlichen Verläufe beruhen im Wesentlichen auf der Landtagswahl in Bayern, von der die CDU nicht berührt wurde. Der

<b>Einnahmen und Ausgaben nach den verschiedenen Gliederungsebenen</b>						
	<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>	<b>PDS</b>
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
<b>Bund</b>						
Einnahmen	73.215	41.985	27.393	7.478	12.892	10.013
Ausgaben	65.104	31.683	26.017	5.523	*[12.192]	6.678
<b>Ergebnis</b>	<b>+ 8.111</b>	<b>+ 10.302</b>	<b>+ 1.376</b>	<b>+ 1.955</b>	<b>*[+ 700]</b>	<b>+ 3.335</b>
<b>Länder</b>						
Einnahmen	58.795	33.872	siehe	8.367	8.126	11.640
Ausgaben	62.548	33.165	Bund	8.885	7.311	11.225
<b>Ergebnis</b>	<b>- 3.753</b>	<b>+ 707</b>		<b>- 518</b>	<b>+ 815</b>	<b>+ 415</b>
<b>Kommunen</b>						
Einnahmen	59.473	67.159	20.859	12.337	14.871	9.556
Ausgaben	52.783	60.943	18.856	10.377	13.250	9.225
<b>Ergebnis</b>	<b>+ 6.690</b>	<b>+ 6.216</b>	<b>+ 2.003</b>	<b>+ 1.960</b>	<b>+ 1.621</b>	<b>+ 331</b>

\* Der FDP-Bundesvorstand hat die Ausgaben ohne a. o. Abschreibung auf Immobilien (1.342 Tsd. €) ausgewiesen.

Die **Bundesvorstände** und die nachgeordneten Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene aller Parteien haben im Jahr 2003 Überschüsse erzielen können. Auch bei der FDP hat der Bundesvorstand nach dem Zahlenwerk Überschüsse erzielt, allerdings nur, weil Abschreibungen im Bereich des Haus- und Grundvermögens nicht in die Ausgabenrechnung

CSU-Bundesvorstand ist zugleich Landesvorstand und hat wegen der Landtagswahl auch einen im Vergleich mit den anderen Bundesvorständen relativ geringen Überschuss. In den vier Ländern mit Landtagswahlen hatten die SPD-Landesverbände Defizite von insgesamt 4,5 Mio. €.

#### 4. Der innerparteiliche Geldtransfer

Die Zuschüsse von bzw. an Gliederungen der Parteien sind lediglich innerparteilicher Geldtransfer und stellen für die Gesamtpartei keinen Ertrag oder Aufwand dar. Für die empfangende bzw. gebende Gliederung sind diese Gelder gleichwohl Einnahmen bzw. Ausgaben. Um ein Bild über diese innerparteiliche Mittelverteilung zu erhalten, werden nachstehend die erhaltenen und die gegebenen Zuschüsse auf den einzelnen Gliederungsebenen gegenübergestellt und der Saldo gezeigt:

Im Jahr 2003 haben vor allem die Verbände auf der kommunalen Ebene bei SPD, CDU, CSU und Grünen mehr Zuschüsse erhalten, als sie gegeben haben, bei der SPD auch die Landesverbände. Insbesondere bei der SPD leistet die Bundesebene erhebliche Zuschüsse an nachgeordnete Gliederungen.

Bei FDP und PDS haben die Verbände auf der kommunalen Ebene mehr Zuschüsse gezahlt, als sie selbst erhielten, im Wesentlichen an die Landesverbände, bei der PDS auch an den Bundesvorstand.

<b>Zuschüsse von und an Gliederungen der Parteien</b>						
	<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>	<b>PDS</b>
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
<b>Bund</b>						
erhalten	233	137	102	25	1.469	1.273
gegeben	5.118	59	230	218	2.363	597
<b>Saldo</b>	<b>- 4.885</b>	<b>+ 78</b>	<b>- 128</b>	<b>- 193</b>	<b>- 894</b>	<b>+ 676</b>
<b>Länder</b>						
erhalten	6.441	1.032	siehe	452	4.046	5.595
gegeben	2.776	2.209	Bund	702	718	3.380
<b>Saldo</b>	<b>+ 3.665</b>	<b>- 1.177</b>		<b>- 250</b>	<b>+ 3.328</b>	<b>+ 2.215</b>
<b>Kommunen</b>						
erhalten	4.964	2.124	733	1.526	2.602	2.182
gegeben	3.744	1.025	605	1.083	5.036	5.073
<b>Saldo</b>	<b>+ 1.220</b>	<b>+ 1.099</b>	<b>+ 128</b>	<b>+ 443</b>	<b>- 2.434</b>	<b>- 2.891</b>
<b>Gesamtpartei</b>						
erhalten/gegeben	11.638	3.293	835	2.003	8.117	9.050

## D. Die Vermögensbilanzen

### 1. Die Reinvermögen auf den verschiedenen Gliederungsebenen

Die Reinvermögen haben auf den jeweiligen Gliederungsebenen zum 31.12. 2003 die folgenden Größenordnungen:

Die Vermögen der Kreis- und Ortsverbände sind nahezu ausschließlich kurzfristiger Natur. Sie sind die Geldbestände und Rücklagen für künftige Wahlkämpfe dieser kommunalen Gebietsverbände, von denen es bei den Volksparteien jeweils weit über zehntausend gibt. Die nachgeordneten Gebietsver-

Reinvermögen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene						
	SPD Tsd. €	CDU Tsd. €	CSU Tsd. €	GRÜ Tsd. €	FDP Tsd. €	PDS Tsd. €
Bundesvorstand	67.364	- 5.135	1.254	1.562	- 9.380	12.608
Landesverbände/Bezirke	2.407	11.894	= Bund	7.660	25	3.865
Kreis- und Ortsverbände	65.894	67.612	20.803	11.625	9.112	4.231
<b>Gesamtpartei</b>	<b>135.665</b>	<b>74.371</b>	<b>22.057</b>	<b>20.847</b>	<b>- 243</b>	<b>20.704</b>

Bei den Bundesvorständen und den Landesverbänden setzen sich die Reinvermögen überwiegend aus längerfristig gebundenem Anlagevermögen (Haus- und Grundbesitz, Geschäftsstellenausstattung, Unternehmensbeteiligungen und sonstige Finanzanlagen) sowie Bankkrediten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen und sonstigen Verbindlichkeiten zusammen (→ Anhang Tabellen 6 und 8).

Die Parteizentralen von CDU und FDP sind bilanziell **überschuldet**. Bei der FDP liegt das Reinvermögen der Landesverbände (LV) bei Null. Acht LV haben positive Reinvermögen von zusammen 2,05 Mio. €, die anderen acht sind mit zusammen 2,02 Mio. € überschuldet. Die Vermögen aller Orts- und Kreisverbände reichen nicht aus, die Überschuldung des Bundesvorstandes abzudecken. Die FDP bleibt seit dem Jahr 2002 als Partei insgesamt überschuldet.

bände der CDU verfügen auch über größeres Haus- und Grundvermögen (10,5 Mio. €), bei der CSU sind es 0,75 Mio. € (→ Anhang Tabelle 10). Das bei der SPD mit 66 Mio. € und den Unionsparteien mit zusammen 76 Mio. € (ohne Sachanlagen) sehr hoch erscheinende Reinvermögen dieser Verbände ist die Addition von jeweils bis zu 13.000 Kassen. Einschließlich der für die nächsten Wahlkämpfe schon angesparten Beträge sind das im Durchschnitt je Kasse lediglich zwischen 5.000 und 6.000 €.

## 2. Veränderungen der Vermögensstrukturen der Parteizentralen gegenüber dem Vorjahr

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Vermögensstrukturen sehr unterschiedlich verändert, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

Bei der SPD gingen zwar die Besitzposten um 8,7 Mio. € zurück, die Schuldposten verringerten sich aber um 16,8 Mio. €. Bei der CDU stiegen die Besitzposten um 0,6 Mio. €, während die Schuldposten um 9,7 Mio. € zurückgingen. Bei der CSU minderten sich die Besitzposten um 2,6 Mio. € und die Schuldposten um 3,9 Mio. €.

Veränderungen der Vermögensstrukturen der Parteizentralen gegenüber dem Vorjahr						
	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Besitzposten	- 8.739	+ 609	- 2.601	+ 1.299	- 2.885	+ 3.335
Schuldposten	- 16.850	- 9.693	- 3.953	- 656	- 2.243	0
	<b>+ 8.111</b>	<b>+ 10.302</b>	<b>+ 1.352</b>	<b>+ 1.955</b>	<b>- 642</b>	<b>+ 3.335</b>
<b>Jahresergebnis 2003</b>	<b>+ 8.111</b>	<b>+ 10.302</b>	<b>+ 1.376</b>	<b>+ 1.955</b>	<b>+ 700</b>	<b>+ 3.335</b>
Abweichung der Vermögensveränderung vom Jahresergebnis	0	0	- 24*	0	- 1.342**	0

\* Die CSU weist eine korrespondierende Abweichung bei den nachgeordneten Gebietsverbänden auf.

\*\* Die FDP hat außerplanmäßige Abschreibungen im Bereich ihres Haus- und Grundvermögens in dieser Höhe nicht in der Einnahmen-/Ausgabenrechnung ausgewiesen.

Der FDP-Bundesvorstand hatte eine weitere Verringerung seines Reinvermögens um 0,6 Mio. € zu verzeichnen und ist jetzt mit 9,4 Mio. € bilanziell überschuldet. Die Besitzposten verringerten sich um 2,9 Mio. €, während die Schuldposten nur um 2,2 Mio. € zurückgingen. Die Bundesvorstände der anderen Parteien konnten hingegen ihre Reinvermögen erhöhen, dies aber in sehr unterschiedlicher Weise.

Der Bundesvorstand der Grünen weist um 1,3 Mio. € gestiegene Besitzposten und um 0,6 Mio. € gesunkene Schuldposten aus. Die PDS weist keine Veränderung der Schuldposten, aber um 3,3 Mio. € gestiegene Besitzposten aus.

Einzelpositionen in den Vermögensrechnungen der Bundesvorstände mit wesentlichen Veränderungen sind nachstehend aufgeführt.

Positionen der Vermögensrechnung der Parteizentralen mit wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr								
	SPD		CDU		CSU		FDP	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
<b>Besitzposten</b>								
Haus- und Grundvermögen	- 12,1	10,3					- 12,9	85,6
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- 1,7	100,0	- 2,2	97,4	- 4,0	78,6	- 1,0	96,2
Geldbestände	+ 5,8	139,0	+ 2,5	90,7	+ 1,9	90,3		
Sonstige Vermögensgegenstände	- 1,5	22,6					+ 12,7	692,7
übrige Besitzposten zusammen	+ 0,8	1,6	+ 0,3	0,7	- 0,5	3,9	- 1,7	23,2
	<b>- 8,7</b>	<b>5,0</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>1,5</b>	<b>- 2,6</b>	<b>12,4</b>	<b>- 2,9</b>	<b>11,4</b>
<b>Schuldposten</b>								
Sonstige Rückstellungen			- 10,1	72,7	- 1,9	74,1		
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	+ 2,3	41,0	- 8,1	98,2				
Bankkredite	- 19,2	21,3			- 2,1	25,3		
Sonstige Verbindlichkeiten			+ 9,8	476,8			- 1,3	24,9
übrige Schuldposten zusammen	- 0,0	0,2	- 1,3	4,1	+ 0,0	0,0	- 0,9	3,1
	<b>- 16,9</b>	<b>14,4</b>	<b>- 9,7</b>	<b>17,1</b>	<b>- 4,0</b>	<b>18,7</b>	<b>- 2,2</b>	<b>6,6</b>



### 3. Die Vermögensstrukturen bei Landesverbänden und nachgeordneten Gebietsverbänden

Auf Länderebene sind die Vermögen der Parteien kaum vergleichbar, weil der CSU-Vorstand zugleich Bundes- und Landesvorstand ist und in Bayern 2003 eine Landtagswahl stattfand. Ein Vergleich ist auch deswegen erschwert, weil die Landesverbände von CDU, Grünen und FDP über Haus- und Grundvermögen verfügen, während die Werte der von den SPD-Landesverbänden genutzten Immobilien beim Parteivorstand erfasst sind (→ Anhang **Tabelle 8**).

Bei der **SPD** weisen neun LV negative Reinvermögen von zusammen 8,7 Mio. € auf, sieben LV verfügen über positive Reinvermögen in Höhe von zusammen 11,1 Mio. € (→ Anhang **Tabelle 11**). Bei der **CDU** sind zwei LV mit zusammen 0,9 Mio. € überschuldet, die anderen 13 LV verfügen über positive Reinvermögen von 12,8 Mio. €. Bei den **Grünen** ist nur ein LV überschuldet (13 Tsd. €), die anderen LV haben zusammen 7,7 Mio. € positive Reinvermögen. Bei der **FDP** weisen acht LV Überschuldungen von zusammen 2,02 Mio. € auf, die anderen acht LV weisen positive Reinvermögen von zusammen 2,05 Mio. € auf.

Auch bei den nachgeordneten Gebietsverbänden sind die Vermögen wegen der unterschiedlichen Handhabung beim Haus- und Grundvermögen nur bedingt vergleichbar. Bei der **CDU** sind 10,5 Mio. €, bei der **CSU** 0,8 Mio. € Immobilienwerte im Reinvermögen der Orts- und Kreisverbände enthalten (→ Anhang **Tabelle 10**).

Bei allen Parteien sind die **Geldbestände** der größte Besitzposten der nachgeordneten Gebietsverbände, der bei SPD und CSU fast 90 Prozent aller Besitzposten erreicht. Bei der CDU sind es (wegen 12,8 Prozent Haus- und Grundvermögen) „nur“ 71,5 Prozent. Bei den Grünen machen die Geldbestände 69,5 Prozent, bei der FDP 60,7 Prozent und bei der PDS 55,7 Prozent aller Besitzposten aus.

Die größten Schuldposten der Gebietsverbände sind bei der CDU die Bankkredite, bei den anderen Parteien die Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen, also „parteiinterne Schulden“.

## Tabellenanhang:

### **Auswertung der Rechenschaftsberichte 2003 der im Bundestag vertretenen Parteien.**

#### **Gesamtübersicht**

- Tabelle 1:** Einnahmen, Ausgaben und Reinvermögen der jeweiligen Gesamtpartei
- Tabelle 2:** Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Einnahmen
- Tabelle 3:** Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Ausgaben
- Tabelle 4:** Die Anteile der Gliederungsebenen an den Gesamtsummen der Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse (Überschüsse bzw. Defizite) und des Reinvermögens ihrer Gesamtpartei

#### **Die Gliederungsebenen Bund/Länder/Kommunen**

- Tabelle 5:** Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Bundesvorstände
- Tabelle 6:** Zusammensetzung des Reinvermögens der Bundesvorstände
- Tabelle 7:** Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Landesverbände
- Tabelle 8:** Zusammensetzung des Reinvermögens der Landesverbände
- Tabelle 9:** Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Orts- und Kreisverbände
- Tabelle 10:** Zusammensetzung des Reinvermögens der nachgeordneten Gebietsverbände

#### **Die Parteien in den Ländern**

- Tabelle 11:** Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der einzelnen Landesverbände
- Tabelle 12:** Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der nachgeordneten Gebietsverbände in den einzelnen Ländern (Orts- und Kreisverbände)

Tabelle 1: Einnahmen, Ausgaben und Reinvermögen der jeweiligen Gesamtpartei in 2003

Zuschüsse von und an Gliederungen bleiben hierbei unberücksichtigt, weil sie keine Einnahmen bzw. Ausgaben einer Gesamtpartei sind. Sie zeigen aber den innerparteilichen Geldtransfer zwischen den einzelnen Gebietsverbänden der jeweiligen Partei (s. Tabellen 2 und 3).

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Einnahmen aus</b>												
Mitgliedsbeiträgen	53.890	30,0	42.748	30,6	10.240	21,6	5.333	20,4	6.120	22,0	9.875	44,6
Mandatsträgerbeiträgen	22.430	12,5	18.051	12,9	3.252	6,9	4.470	17,1	1.271	4,6	1.139	5,1
Spenden	10.445	5,8	17.397	12,5	9.717	20,5	3.435	13,1	7.351	26,5	1.753	7,9
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	6.205	3,5	980	0,7	151	0,3	1	0,0	45	0,2	0	0,0
Sonstigem Vermögen	9.067	5,0	4.192	3,0	697	1,5	262	1,0	1.213	4,4	262	1,2
Veranst., Druckschr. etc.	13.982	7,8	10.996	7,9	8.017	16,9	1.038	4,0	704	2,5	200	0,9
Staatlichen Mitteln (regulär)	47.651	26,5	43.897	31,4	12.935	27,3	8.649	33,0	8.581	30,9	7.041	31,8
Nachzahlung w. CDU 1999	11.683	6,5	0	0,0	2.335	4,9	2.107	8,1	1.660	6,0	1.699	7,7
Sonstigen Einnahmen	4.493	2,5	1.462	1,0	74	0,2	883	3,4	827	3,0	190	0,9
	<b>179.845</b>	<b>100,0</b>	<b>139.723</b>	<b>100,0</b>	<b>47.417</b>	<b>100,0</b>	<b>26.179</b>	<b>100,0</b>	<b>27.772</b>	<b>100,0</b>	<b>22.159</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Ausgaben für</b>												
Personal	54.723	32,4	39.889	32,6	10.328	23,5	7.406	32,5	4.048	16,4	7.531	41,7
Lfd. Geschäftsbetrieb	26.975	16,0	30.611	25,0	8.113	18,4	4.571	20,1	8.563	34,8	4.318	23,9
Politische Arbeit	36.215	21,5	31.229	25,5	13.263	30,1	6.388	28,0	6.347	25,8	5.297	29,3
Wahlkämpfe	20.588	12,2	13.509	11,0	11.215	25,5	3.076	13,5	2.962	12,0	827	4,6
Vermögensverwaltung etc.	28.011	16,6	2.678	2,2	571	1,3	390	1,7	384	1,6	33	0,2
Sonstige Zinsen	1.448	0,9	1.385	1,1	364	0,8	162	0,7	2.083	8,5	5	0,0
Sonstige Ausgaben	839	0,5	3.196	2,6	184	0,4	788	3,5	249	1,0	66	0,4
	<b>168.798</b>	<b>100,0</b>	<b>122.497</b>	<b>100,0</b>	<b>44.038</b>	<b>100,0</b>	<b>22.781</b>	<b>100,0</b>	<b>24.637</b>	<b>100,0</b>	<b>18.078</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Jahresergebnis</b>												
in % der Einnahmen	11.047	6,1	17.226	12,3	3.379	7,1	3.398	13,0	3.135	11,3	4.081	18,4
<b>4. Reinvermögen</b>												
in % der Einnahmen	135.665	75,4	74.371	53,2	22.057	46,5	20.847	79,6	- 243	- 0,9	20.704	93,4

Tabelle 2: Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen **Einnahmen** in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge für „Landesverbände“ sind hier unter Bundesvorstand ausgewiesen.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Mitgliedsbeiträge</b>												
Bundesvorstand	11.608	21,5	9.377	21,9	4.941	48,3	1.369	25,7	39	0,6	51	0,5
Landesverbände	28.831	53,5	9.307	21,8			1.544	29,0	176	2,9	3.946	40,0
Kreise, Orte etc.	13.451	25,0	24.065	56,3	5.299	51,7	2.420	45,4	5.906	96,5	5.878	59,5
	<b>53.890</b>	<b>100,0</b>	<b>42.748</b>	<b>100,0</b>	<b>10.240</b>	<b>100,0</b>	<b>5.333</b>	<b>100,0</b>	<b>6.120</b>	<b>100,0</b>	<b>9.875</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Mandatsträgerbeiträge</b>												
Bundesvorstand	463	2,1	9	0,1	1.026	31,5	620	13,9	0	0,0	79	6,9
Landesverbände	3.498	15,6	3.354	18,6			884	19,8	559	44,0	679	59,6
Kreise, Orte etc.	18.468	82,3	14.688	81,4	2.226	68,5	2.966	66,4	712	56,0	382	33,5
	<b>22.430</b>	<b>100,0</b>	<b>18.051</b>	<b>100,0</b>	<b>3.252</b>	<b>100,0</b>	<b>4.470</b>	<b>100,0</b>	<b>1.271</b>	<b>100,0</b>	<b>1.139</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Spenden</b>												
Bundesvorstand	913	8,7	1.210	7,0	2.520	25,9	327	9,5	984	13,4	499	28,5
Landesverbände	529	5,1	3.427	19,7			322	9,4	1.398	19,0	335	19,1
Kreise, Orte etc.	9.003	86,2	12.760	73,3	7.197	74,1	2.785	81,1	4.969	67,6	919	52,4
	<b>10.445</b>	<b>100,0</b>	<b>17.397</b>	<b>100,0</b>	<b>9.717</b>	<b>100,0</b>	<b>3.435</b>	<b>100,0</b>	<b>7.351</b>	<b>100,0</b>	<b>1.753</b>	<b>100,0</b>
<b>4. Einnahmen aus Vermögen</b>												
Bundesvorstand	12.275	80,4	160	3,1	258	30,5	79	30,2	931	74,0	169	64,4
Landesverbände	1.272	8,3	889	17,2			115	43,6	242	19,2	50	19,1
Kreise, Orte etc.	1.725	11,3	4.124	79,7	589	69,5	69	26,3	85	6,8	43	16,6
	<b>15.272</b>	<b>100,0</b>	<b>5.172</b>	<b>100,0</b>	<b>847</b>	<b>100,0</b>	<b>263</b>	<b>100,0</b>	<b>1.258</b>	<b>100,0</b>	<b>262</b>	<b>100,0</b>
<b>5. Staatliche Mittel</b>												
Bundesvorstand	43.228	72,9	29.328	66,8	15.269	100,0	4.496	41,8	8.990	87,8	7.835	89,6
Landesverbände	16.105	27,1	14.569	33,2			4.440	41,3	1.251	12,2	905	10,4
Kreise, Orte etc.	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1.820	16,9	0	0,0	0	0,0
	<b>59.334</b>	<b>100,0</b>	<b>43.897</b>	<b>100,0</b>	<b>15.269</b>	<b>100,0</b>	<b>10.757</b>	<b>100,0</b>	<b>10.241</b>	<b>100,0</b>	<b>8.740</b>	<b>100,0</b>
<b>6. Zuschüsse</b>												
Bundesvorstand	233	2,0	137	4,2	103	12,3	25	1,3	1.469	18,1	1.274	14,1
Landesverbände	6.441	55,3	1.032	31,3			452	22,6	4.046	49,8	5.595	61,8
Kreise, Orte etc.	4.965	42,7	2.124	64,5	733	87,7	1.526	76,2	2.602	32,1	2.182	24,1
	<b>11.638</b>	<b>100,0</b>	<b>3.294</b>	<b>100,0</b>	<b>835</b>	<b>100,0</b>	<b>2.003</b>	<b>100,0</b>	<b>8.117</b>	<b>100,0</b>	<b>9.050</b>	<b>100,0</b>
<b>7. Übrige Einnahmen</b>												
Bundesvorstand	4.495	24,3	1.763	14,2	3.275	40,5	561	29,2	480	31,4	107	27,5
Landesverbände	2.118	11,5	1.295	10,4			611	31,8	454	29,7	130	33,5
Kreise, Orte etc.	11.861	64,2	9.399	75,5	4.816	59,5	750	39,0	597	39,0	152	39,0
	<b>18.475</b>	<b>100,0</b>	<b>12.458</b>	<b>100,0</b>	<b>8.091</b>	<b>100,0</b>	<b>1.922</b>	<b>100,0</b>	<b>1.530</b>	<b>100,0</b>	<b>390</b>	<b>100,0</b>

Tabelle 3: Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen **Ausgaben** in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge für „Landesverbände“ sind hier unter Bundesvorstand ausgewiesen.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Personal</b>												
Bundesvorstand	13.829	25,3	10.686	26,8	9.614	93,1	1.886	25,5	1.844	45,5	2.511	33,3
Landesverbände	37.684	68,9	16.007	40,1	714	6,9	3.528	47,6	1.770	43,7	4.961	65,9
Kreise, Orte etc.	3.209	5,9	13.197	33,1			1.993	26,9	435	10,7	60	0,8
	<b>54.723</b>	<b>100,0</b>	<b>39.889</b>	<b>100,0</b>	<b>10.328</b>	<b>100,0</b>	<b>7.406</b>	<b>100,0</b>	<b>4.048</b>	<b>100,0</b>	<b>7.531</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Lfd. Geschäftsbetrieb</b>												
Bundesvorstand	6.159	22,8	4.543	14,8	4.201	51,8	545	11,9	4.002	46,7	1.459	33,8
Landesverbände	7.927	29,4	5.786	18,9	3.913	48,2	1.520	33,2	2.727	31,8	1.296	30,0
Kreise, Orte etc.	12.889	47,8	20.282	66,3			2.507	54,8	1.834	21,4	1.562	36,2
	<b>26.975</b>	<b>100,0</b>	<b>30.611</b>	<b>100,0</b>	<b>8.113</b>	<b>100,0</b>	<b>4.571</b>	<b>100,0</b>	<b>8.563</b>	<b>100,0</b>	<b>4.318</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Politische Arbeit</b>												
Bundesvorstand	9.998	27,6	11.461	36,7	5.138	38,7	1.806	28,3	1.464	23,1	1.962	37,0
Landesverbände	5.299	14,6	3.871	12,4	8.126	61,3	1.737	27,2	891	14,0	1.218	23,0
Kreise, Orte etc.	20.918	57,8	15.896	50,9			2.845	44,5	3.991	62,9	2.117	40,0
	<b>36.215</b>	<b>100,0</b>	<b>31.229</b>	<b>100,0</b>	<b>13.263</b>	<b>100,0</b>	<b>6.388</b>	<b>100,0</b>	<b>6.347</b>	<b>100,0</b>	<b>5.297</b>	<b>100,0</b>
<b>4. Wahlkämpfe</b>												
Bundesvorstand	2.569	12,5	411	3,0	5.965	53,2	497	16,1	174	5,9	95	11,5
Landesverbände	7.118	34,6	4.614	34,2	5.250	46,8	899	29,2	922	31,1	357	43,1
Kreise, Orte etc.	10.901	52,9	8.484	62,8			1.681	54,6	1.866	63,0	376	45,4
	<b>20.588</b>	<b>100,0</b>	<b>13.509</b>	<b>100,0</b>	<b>11.215</b>	<b>100,0</b>	<b>3.076</b>	<b>100,0</b>	<b>2.962</b>	<b>100,0</b>	<b>827</b>	<b>100,0</b>
<b>5. Vermögensverwaltg. etc.</b>												
Bundesvorstand	26.969	96,3	1.970	73,6	571	100,0	361	92,4	333	86,6	31	94,9
Landesverbände	716	2,6	73	2,7	0	0,0	28	7,3	48	12,6	0	0,0
Kreise, Orte etc.	325	1,2	635	23,7			1	0,3	3	0,8	2	5,1
	<b>28.011</b>	<b>100,0</b>	<b>2.678</b>	<b>100,0</b>	<b>571</b>	<b>100,0</b>	<b>390</b>	<b>100,0</b>	<b>384</b>	<b>100,0</b>	<b>33</b>	<b>100,0</b>
<b>6. Zuschüsse</b>												
Bundesvorstand	5.118	44,0	59	1,8	230	27,5	218	10,9	2.363	29,1	597	6,6
Landesverbände	2.776	23,9	2.209	67,1	605	72,5	702	35,0	718	8,8	3.380	37,4
Kreise, Orte etc.	3.744	32,2	1.025	31,1			1.084	54,1	5.036	62,0	5.073	56,1
	<b>11.638</b>	<b>100,0</b>	<b>3.294</b>	<b>100,0</b>	<b>835</b>	<b>100,0</b>	<b>2.003</b>	<b>100,0</b>	<b>8.117</b>	<b>100,0</b>	<b>9.050</b>	<b>100,0</b>
<b>7. Zinsen + Sonst. Ausgaben</b>												
Bundesvorstand	461	20,2	2.552	55,7	300	54,7	211	22,3	2.013	86,3	23	32,1
Landesverbände	1.027	44,9	605	13,2	248	45,3	471	49,6	235	10,1	13	18,0
Kreise, Orte etc.	798	34,9	1.424	31,1			267	28,2	84	3,6	36	49,9
	<b>2.287</b>	<b>100,0</b>	<b>4.581</b>	<b>100,0</b>	<b>548</b>	<b>100,0</b>	<b>950</b>	<b>100,0</b>	<b>2.332</b>	<b>100,0</b>	<b>72</b>	<b>100,0</b>

**Tabelle 4: Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Gesamtsummen in 2003**

der Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse (Überschüsse bzw. Defizite) und des Reinvermögens ihrer Gesamtpartei.

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge für „Landesverbände“ sind hier unter Bundesvorstand ausgewiesen.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Gesamteinnahmen</b>												
Bundesvorstand	73.215	38,2	41.985	29,4	27.393	56,8	7.478	26,5	12.892	35,9	10.013	32,1
Landesverbände	58.795	30,7	33.872	23,7	20.859	43,2	8.367	29,7	8.126	22,6	11.640	37,3
Kreise, Orte etc.	59.473	31,1	67.159	47,0	20.859	43,2	12.337	43,8	14.871	41,4	9.556	30,6
	<b>191.484</b>	<b>100,0</b>	<b>143.017</b>	<b>100,0</b>	<b>48.252</b>	<b>100,0</b>	<b>28.182</b>	<b>100,0</b>	<b>35.889</b>	<b>100,0</b>	<b>31.209</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Gesamtausgaben</b>												
Bundesvorstand	65.104	36,1	31.683	25,2	26.017	58,0	5.523	22,3	12.193	37,2	6.678	24,6
Landesverbände	62.548	34,7	33.165	26,4	18.856	42,0	8.885	35,8	7.311	22,3	11.225	41,4
Kreise, Orte etc.	52.783	29,3	60.943	48,4	18.856	42,0	10.377	41,9	13.250	40,5	9.225	34,0
	<b>180.436</b>	<b>100,0</b>	<b>125.791</b>	<b>100,0</b>	<b>44.873</b>	<b>100,0</b>	<b>24.784</b>	<b>100,0</b>	<b>32.754</b>	<b>100,0</b>	<b>27.128</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Jahresergebnisse</b>												
Bundesvorstand	8.111	73,4	10.303	59,8	1.376	40,7	1.955	57,5	700	22,3	3.335	81,7
Landesverbände	- 3.753	-34,0	707	4,1	2.003	59,3	- 517	-15,2	815	26,0	415	10,2
Kreise, Orte etc.	6.690	60,6	6.216	36,1	2.003	59,3	1.960	57,7	1.621	51,7	332	8,1
	<b>11.047</b>	<b>100,0</b>	<b>17.226</b>	<b>100,0</b>	<b>3.379</b>	<b>100,0</b>	<b>3.398</b>	<b>100,0</b>	<b>3.135</b>	<b>100,0</b>	<b>4.081</b>	<b>100,0</b>
<b>4. Reinvermögen</b>												
Bundesvorstand	67.364	49,7	- 5.135	- 6,9	1.254	5,7	1.562	7,5	- 9.380	-3.860,8	12.608	60,9
Landesverbände	2.407	1,8	11.894	16,0	20.804	94,3	7.660	36,7	25	10,3	3.865	18,7
Kreise, Orte etc.	65.893	48,6	67.612	90,9	20.804	94,3	11.625	55,8	9.112	3.750,5	4.231	20,4
	<b>135.665</b>	<b>100,0</b>	<b>74.371</b>	<b>100,0</b>	<b>22.057</b>	<b>100,0</b>	<b>20.847</b>	<b>100,0</b>	<b>- 243</b>	<b>100,0</b>	<b>20.704</b>	<b>100,0</b>

Tabelle 5: Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Bundesvorstände in 2003

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Einnahmen aus</b>												
Mitgliedsbeiträgen	11.608	15,9	9.377	22,3	4.941	18,0	1.369	18,3	39	0,3	51	0,5
Mandatsträgerbeiträgen	463	0,6	9	0,0	1.026	3,7	620	8,3	0	0,0	79	0,8
Spenden	913	1,2	1.210	2,9	2.520	9,2	327	4,4	984	7,6	499	5,0
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	6.135	8,4	10	0,0	151	0,6	0	0,0	19	0,2	0	0,0
Sonstigem Vermögen	6.140	8,4	150	0,4	108	0,4	79	1,1	912	7,1	169	1,7
Veranst., Druckschr. etc.	1.709	2,3	1.068	2,5	3.223	11,8	375	5,0	66	0,5	60	0,6
Staatlichen Mitteln	43.228	59,0	29.328	69,9	15.269	55,7	4.496	60,1	8.990	69,7	7.835	78,2
Zuschüssen von Gliederg.	233	0,3	137	0,3	103	0,4	25	0,3	1.469	11,4	1.274	12,7
Sonstigen Einnahmen	2.787	3,8	695	1,7	52	0,2	186	2,5	413	3,2	47	0,5
	<b>73.215</b>	<b>100,0</b>	<b>41.985</b>	<b>100,0</b>	<b>27.393</b>	<b>100,0</b>	<b>7.478</b>	<b>100,0</b>	<b>12.892</b>	<b>100,0</b>	<b>10.013</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Ausgaben für</b>												
Personal	13.829	21,2	10.686	33,7	9.614	37,0	1.886	34,1	1.844	15,1	2.511	37,6
Lfd. Geschäftsbetrieb	6.159	9,5	4.543	14,3	4.201	16,1	545	9,9	4.002	32,8	1.459	21,8
Politische Arbeit	9.998	15,4	11.461	36,2	5.138	19,7	1.806	32,7	1.464	12,0	1.962	29,4
Wahlkämpfe	2.569	3,9	411	1,3	5.965	22,9	497	9,0	174	1,4	95	1,4
Vermögensverwaltung etc.	26.969	41,4	1.970	6,2	571	2,2	361	6,5	333	2,7	31	0,5
Sonstige Zinsen	461	0,7	561	1,8	159	0,6	21	0,4	1.929	15,8	1	0,0
Zuschüsse an Gliederg.	5.118	7,9	59	0,2	230	0,9	218	3,9	2.363	19,4	597	8,9
Sonstige Ausgaben	0	0,0	1.992	6,3	140	0,5	190	3,4	83	0,7	22	0,3
	<b>65.104</b>	<b>100,0</b>	<b>31.683</b>	<b>100,0</b>	<b>26.017</b>	<b>100,0</b>	<b>5.523</b>	<b>100,0</b>	<b>12.193</b>	<b>100,0</b>	<b>6.678</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Jahresergebnis</b>												
in % der Einnahmen	8.111	11,1	10.303	24,5	1.376	5,0	1.955	26,1	700	5,4	3.335	33,3
<b>4. Reinvermögen</b>												
in % der Einnahmen	67.364	92,0	- 5.135	-12,2	1.254	4,6	1.562	20,9	- 9.380	-72,8	12.608	125,9

Tabelle 6: Zusammensetzung des Reinvermögens der Bundesvorstände in 2003

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Besitzposten</b>												
Haus- und Grundvermögen	106.081	63,4	32.444	77,4	9.297	50,5	8.724	71,0	2.177	9,7	5.163	38,8
Geschäftsstellenausstattung	5.876	3,5	264	0,6	193	1,0	343	2,8	1.004	4,5	175	1,3
Beteiligungen an Unternehm.	9.180	5,5	1.202	2,9	200	1,1	0	0,0	3.854	17,2	414	3,1
Sonstige Finanzanlagen	19.456	11,6	0	0,0	129	0,7	15	0,1	0	0,0	1.314	9,9
Forderungen an Gliederungen	11.619	6,9	2.344	5,6	2.862	15,6	385	3,1	631	2,8	39	0,3
Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0	0,0	58	0,1	1.090	5,9	0	0,0	38	0,2	0	0,0
Geldbestände	10.022	6,0	5.336	12,7	4.084	22,2	2.310	18,8	166	0,7	4.462	33,5
Sonstige Vermögensgegenst.	5.098	3,0	264	0,6	542	2,9	517	4,2	14.520	64,9	1.737	13,1
	<b>167.331</b>	<b>100,0</b>	<b>41.911</b>	<b>100,0</b>	<b>18.397</b>	<b>100,0</b>	<b>12.294</b>	<b>100,0</b>	<b>22.389</b>	<b>100,0</b>	<b>13.303</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Schuldposten</b>												
Pensionsverpflichtungen	1.085	1,1	302	0,6	9.204	53,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	3.092	3,1	3.773	8,0	661	3,9	9	0,1	473	1,5	336	48,2
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	8.087	8,1	152	0,3	241	1,4	3.795	35,4	262	0,8	10	1,5
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatl. Teilfinanzierung	819	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.081	71,1	30.915	65,7	6.101	35,6	6.723	62,6	26.925	84,8	21	3,0
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	9.449	9,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	6.355	6,4	11.904	25,3	937	5,5	205	1,9	4.109	12,9	329	47,3
	<b>99.967</b>	<b>100,0</b>	<b>47.046</b>	<b>100,0</b>	<b>17.144</b>	<b>100,0</b>	<b>10.732</b>	<b>100,0</b>	<b>31.769</b>	<b>100,0</b>	<b>696</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Reinvermögen</b>	<b>67.364</b>		<b>- 5.135</b>		<b>1.254</b>		<b>1.562</b>		<b>- 9.380</b>		<b>12.608</b>	



Tabelle 7: Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Landesverbände in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand und dort aufgeführt.

	SPD		CDU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Einnahmen aus</b>										
Mitgliedsbeiträgen	28.831	49,0	9.307	27,5	1.544	18,5	176	2,2	3.946	33,9
Mandatsträgerbeiträgen	3.498	5,9	3.354	9,9	884	10,6	559	6,9	679	5,8
Spenden	529	0,9	3.427	10,1	322	3,9	1.398	17,2	335	2,9
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	66	0,1	6	0,0	0	0,0	26	0,3	0	0,0
Sonstigem Vermögen	1.206	2,1	882	2,6	115	1,4	216	2,7	50	0,4
Veranst., Druckschr. etc.	1.286	2,2	1.162	3,4	427	5,1	204	2,5	51	0,4
Staatlichen Mitteln	16.105	27,4	14.569	43,0	4.440	53,1	1.251	15,4	905	7,8
Zuschüssen von Gliederg.	6.441	11,0	1.032	3,0	452	5,4	4.046	49,8	5.595	48,1
Sonstigen Einnahmen	833	1,4	133	0,4	184	2,2	250	3,1	79	0,7
	<b>58.795</b>	<b>100,0</b>	<b>33.872</b>	<b>100,0</b>	<b>8.367</b>	<b>100,0</b>	<b>8.126</b>	<b>100,0</b>	<b>11.640</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Ausgaben für</b>										
Personal	37.684	60,2	16.007	48,3	3.528	39,7	1.770	24,2	4.961	44,2
Lfd. Geschäftsbetrieb	7.927	12,7	5.786	17,4	1.520	17,1	2.727	37,3	1.296	11,5
Politische Arbeit	5.299	8,5	3.871	11,7	1.737	19,6	891	12,2	1.218	10,8
Wahlkämpfe	7.118	11,4	4.614	13,9	899	10,1	922	12,6	357	3,2
Vermögensverwaltung etc.	716	1,1	73	0,2	28	0,3	48	0,7	0	0,0
Sonstige Zinsen	799	1,3	347	1,0	64	0,7	145	2,0	3	0,0
Zuschüsse an Gliederg.	2.776	4,4	2.209	6,7	702	7,9	718	9,8	3.380	30,1
Sonstige Ausgaben	229	0,4	258	0,8	407	4,6	90	1,2	10	0,1
	<b>62.548</b>	<b>100,0</b>	<b>33.165</b>	<b>100,0</b>	<b>8.885</b>	<b>100,0</b>	<b>7.311</b>	<b>100,0</b>	<b>11.225</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Jahresergebnis</b>										
in % der Einnahmen	- 3.753	- 6,4	707	2,1	- 517	- 6,2	815	10,0	415	3,6
<b>4. Reinvermögen</b>										
in % der Einnahmen	<b>2.407</b>	<b>4,1</b>	<b>11.894</b>	<b>35,1</b>	<b>7.660</b>	<b>91,6</b>	<b>25</b>	<b>0,3</b>	<b>3.865</b>	<b>33,2</b>

Tabelle 8: Zusammensetzung des Reinvermögens der Landesverbände in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand und dort aufgeführt.

	SPD		CDU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Besitzposten</b>										
Haus- und Grundvermögen	0	0,0	6.044	24,7	2.626	21,8	1.126	29,8	0	0,0
Geschäftsstellenausstattung	712	2,6	578	2,4	290	2,4	41	1,1	195	3,7
Beteiligungen an Unternehm.	0	0,0	219	0,9	0	0,0	26	0,7	187	3,5
Sonstige Finanzanlagen	8.989	33,4	4.368	17,8	177	1,5	603	16,0	2.332	43,7
Forderungen an Gliederungen	8.764	32,6	3.039	12,4	3.760	31,1	474	12,6	233	4,4
Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0	0,0	247	1,0	69	0,6	111	2,9	0	0,0
Geldbestände	7.766	28,9	9.414	38,4	5.007	41,5	1.177	31,2	2.293	43,0
Sonstige Vermögensgegenst.	670	2,5	574	2,3	145	1,2	218	5,8	93	1,7
	<b>26.900</b>	<b>100,0</b>	<b>24.485</b>	<b>100,0</b>	<b>12.073</b>	<b>100,0</b>	<b>3.777</b>	<b>100,0</b>	<b>5.333</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Schuldposten</b>										
Pensionsverpflichtungen	1.768	7,2	481	3,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	5.321	21,7	1.605	12,7	482	10,9	924	24,6	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	12.144	49,6	3.037	24,1	2.738	62,1	520	13,9	1.295	88,3
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatl. Teilfinanzierung	154	0,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.468	14,2	6.377	50,6	842	19,1	1.756	46,8	21	1,4
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	5	0,0	43	0,3	0	0,0	221	5,9	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1.634	6,7	1.050	8,3	350	7,9	330	8,8	151	10,3
	<b>24.493</b>	<b>100,0</b>	<b>12.591</b>	<b>100,0</b>	<b>4.412</b>	<b>100,0</b>	<b>3.752</b>	<b>100,0</b>	<b>1.468</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Reinvermögen</b>	<b>2.407</b>		<b>11.894</b>		<b>7.660</b>		<b>25</b>		<b>3.865</b>	

Tabelle 9: Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Orts- und Kreisverbände in 2003

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Einnahmen aus</b>												
Mitgliedsbeiträgen	13.451	22,6	24.065	35,8	5.299	25,4	2.420	19,6	5.906	39,7	5.878	61,5
Mandatsträgerbeiträgen	18.468	31,1	14.688	21,9	2.226	10,7	2.966	24,0	712	4,8	382	4,0
Spenden	9.003	15,1	12.760	19,0	7.197	34,5	2.785	22,6	4.969	33,4	919	9,6
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	4	0,0	964	1,4	0	0,0	1	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstigem Vermögen	1.720	2,9	3.160	4,7	589	2,8	68	0,6	85	0,6	43	0,5
Veranst., Druckschr. etc.	10.987	18,5	8.765	13,1	4.794	23,0	236	1,9	433	2,9	88	0,9
Staatlichen Mitteln	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1.820	14,8	0	0,0	0	0,0
Zuschüssen von Gliederg.	4.965	8,3	2.124	3,2	733	3,5	1.526	12,4	2.602	17,5	2.182	22,8
Sonstigen Einnahmen	873	1,5	634	0,9	22	0,1	514	4,2	164	1,1	64	0,7
	<b>59.473</b>	<b>100,0</b>	<b>67.159</b>	<b>100,0</b>	<b>20.859</b>	<b>100,0</b>	<b>12.337</b>	<b>100,0</b>	<b>14.871</b>	<b>100,0</b>	<b>9.556</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Ausgaben für</b>												
Personal	3.209	6,1	13.197	21,7	714	3,8	1.993	19,2	435	3,3	60	0,6
Lfd. Geschäftsbetrieb	12.889	24,4	20.282	33,3	3.913	20,8	2.507	24,2	1.834	13,8	1.562	16,9
Politische Arbeit	20.918	39,6	15.896	26,1	8.126	43,1	2.845	27,4	3.991	30,1	2.117	22,9
Wahlkämpfe	10.901	20,7	8.484	13,9	5.250	27,8	1.681	16,2	1.866	14,1	376	4,1
Vermögensverwaltung etc.	325	0,6	635	1,0	0	0,0	1	0,0	3	0,0	2	0,0
Sonstige Zinsen	187	0,4	477	0,8	204	1,1	76	0,7	9	0,1	1	0,0
Zuschüsse an Gliederg.	3.744	7,1	1.025	1,7	605	3,2	1.084	10,4	5.036	38,0	5.073	55,0
Sonstige Ausgaben	611	1,2	946	1,6	44	0,2	191	1,8	76	0,6	34	0,4
	<b>52.783</b>	<b>100,0</b>	<b>60.943</b>	<b>100,0</b>	<b>18.856</b>	<b>100,0</b>	<b>10.377</b>	<b>100,0</b>	<b>13.250</b>	<b>100,0</b>	<b>9.225</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Jahresergebnis</b>	6.690		6.216		2.003		1.960		1.621		332	
in % der Einnahmen		11,2		9,3		9,6		15,9		10,9		3,5
<b>4. Reinvermögen</b>	65.893		67.612		20.804		11.625		9.112		4.231	
in % der Einnahmen		110,8		100,7		99,7		94,2		61,3		44,3

Tabelle 10: Zusammensetzung des Reinvermögens der nachgeordneten Gebietsverbände in 2003

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
<b>1. Besitzposten</b>												
Haus- und Grundvermögen	0	0,0	10.450	12,8	756	3,0	0	0,0	56	0,6	2	0,0
Geschäftsstellenausstattung	93	0,1	835	1,0	202	0,8	129	1,0	12	0,1	159	3,5
Beteiligungen an Unternehm.	0	0,0	77	0,1	26	0,1	6	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Finanzanlagen	4.626	6,8	9.658	11,9	1.092	4,3	131	1,0	3.571	36,4	524	11,6
Forderungen an Gliederungen	1.058	1,5	901	1,1	130	0,5	3.356	26,0	173	1,8	1.264	27,9
Geldbestände	61.273	89,6	58.219	71,5	22.497	89,5	8.982	69,5	5.954	60,7	2.521	55,7
Sonstige Vermögensgegenst.	1.310	1,9	1.279	1,6	420	1,7	325	2,5	38	0,4	57	1,3
	<b>68.359</b>	<b>100,0</b>	<b>81.419</b>	<b>100,0</b>	<b>25.124</b>	<b>100,0</b>	<b>12.929</b>	<b>100,0</b>	<b>9.804</b>	<b>100,0</b>	<b>4.527</b>	<b>100,0</b>
<b>2. Schuldposten</b>												
Pensionsverpflichtungen	0	0,0	39	0,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	0	0,0	721	5,2	8	0,2	30	2,3	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	1.210	49,1	3.096	22,4	2.751	63,7	968	74,2	496	71,8	230	77,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	814	33,0	7.599	55,0	986	22,8	4	0,3	100	14,4	18	6,1
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	151	6,1	321	2,3	399	9,2	27	2,0	71	10,2	1	0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	291	11,8	2.033	14,7	176	4,1	276	21,1	25	3,6	47	15,8
	<b>2.466</b>	<b>100,0</b>	<b>13.807</b>	<b>100,0</b>	<b>4.320</b>	<b>100,0</b>	<b>1.304</b>	<b>100,0</b>	<b>691</b>	<b>100,0</b>	<b>296</b>	<b>100,0</b>
<b>3. Reinvermögen</b>	<b>65.893</b>		<b>67.612</b>		<b>20.804</b>		<b>11.625</b>		<b>9.112</b>		<b>4.231</b>	

Tabelle 11: Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der einzelnen Landesverbände in 2003

Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben.

– Beträge in Tsd. € –

Länder	SPD		CDU/CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen
Schleswig-Holstein	209	- 728	126	246	- 76	147	111	180	- 7	17
Mecklenburg-Vorpommern	215	635	172	131	1	36	51	- 201	77	561
Hamburg	- 146	3.703	94	315	39	40	28	- 21	- 14	6
<b>Bremen</b>	- <b>134</b>	- <b>63</b>	- <b>280</b>	<b>1.644</b>	- <b>48</b>	<b>220</b>	- <b>13</b>	<b>74</b>	<b>4</b>	<b>22</b>
<b>Niedersachsen</b>	- <b>2.174</b>	- <b>2.076</b>	- <b>751</b>	<b>388</b>	- <b>26</b>	<b>1.131</b>	- <b>61</b>	<b>314</b>	<b>25</b>	<b>67</b>
Sachsen-Anhalt	195	1.792	221	569	- 13	69	117	- 210	96	335
Brandenburg	291	2.399	- 10	- 59	- 64	- 13	2	- 117	37	1.162
Berlin	392	1.748	320	- 849	57	485	171	87	290	720
Nordrhein-Westfalen	- 544	- 2.699	- 535	4.382	73	2.425	- 397	- 1.392	2	46
<b>Hessen</b>	- <b>212</b>	- <b>418</b>	<b>10</b>	<b>1.075</b>	<b>50</b>	<b>743</b>	<b>194</b>	<b>660</b>	<b>6</b>	<b>3</b>
Thüringen	103	337	322	320	- 11	62	9	- 28	- 44	86
Sachsen	69	521	49	832	- 124	74	53	50	- 81	695
Saarland	83	- 589	22	864	- 11	87	98	- 37	4	13
Rheinland-Pfalz	- 58	- 237	588	627	67	332	156	355	6	37
Baden-Württemberg	- 63	- 1.272	360	1.410	199	1.499	254	328	- 5	17
<b>Bayern</b>	- <b>1.979</b>	- <b>647</b>	<b>siehe Bund</b>	<b>siehe Bund</b>	- <b>630</b>	<b>325</b>	<b>44</b>	- <b>17</b>	<b>20</b>	<b>78</b>
<b>Gesamt</b>	- <b>3.753</b>	<b>2.407</b>	<b>707</b>	<b>11.894</b>	- <b>517</b>	<b>7.660</b>	<b>815</b>	<b>25</b>	<b>415</b>	<b>3.865</b>

Tabelle 12: Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der **nachgeordneten Gebietsverbände** (Orts- und Kreisverbände) in 2003

Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben.

– Beträge in Tsd. € –

Länder	SPD		CDU/CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen
<b>Schleswig-Holstein</b>	- 833	<b>1.923</b>	- 426	<b>2.284</b>	9	<b>308</b>	- 157	<b>361</b>	0	<b>0</b>
Mecklenburg-Vorpommern	101	442	66	145	21	60	19	105	- 5	324
Hamburg	193	927	83	443	25	234	6	32	0	0
<b>Bremen</b>	- 100	<b>210</b>	- 32	<b>242</b>	- 12	<b>49</b>	- 3	<b>13</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Niedersachsen	803	6.792	313	4.996	107	1.220	101	709	0	0
Sachsen-Anhalt	99	686	153	648	13	101	41	157	- 8	178
<b>Brandenburg</b>	- 335	<b>617</b>	- 89	<b>314</b>	- 24	<b>76</b>	- 33	<b>106</b>	- 54	<b>727</b>
Berlin	164	1.578	190	954	79	313	94	181	75	764
Nordrhein-Westfalen	2.908	21.840	3.411	27.170	819	4.488	835	3.514	15	77
Hessen	553	7.356	179	7.419	69	1.080	154	1.099	24	48
Thüringen	146	682	129	424	17	76	- 2	106	50	352
Sachsen	124	753	147	990	52	208	28	241	232	1.761
Saarland	213	1.825	332	2.715	8	124	28	135	0	0
Rheinland-Pfalz	826	5.309	462	6.390	103	408	168	533	1	1
Baden-Württemberg	1.150	6.528	1.295	12.477	329	1.411	359	1.331	0	0
Bayern	679	8.425	2.003	20.804	344	1.469	- 17	490	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>6.690</b>	<b>65.693</b>	<b>8.219</b>	<b>88.415</b>	<b>1.960</b>	<b>11.625</b>	<b>1.621</b>	<b>9.112</b>	<b>332</b>	<b>4.231</b>



